p.S.

Medienpaket

Medienvielfalt – aber für wen?

S. 12 – 15

Wahlkampf

Die AL gibt sich kämpferisch

S. 10

Hochfrequenzhandel

Rocket-Science Quantenphysik zum Anfassen

S. 23

Sergio Scagliola

Nr. 02/22 14.01.22 SFr. 4.–
AZA 8004 Zürich Post CH AG

Dystopie

Ivalina Yapova

Gemäss Marx wiederholt sich die Geschichte immer zweimal: als Tragödie und als Farce. Das Individuum indes kennt Verhaltensmuster, die zu einem Zwang mutieren können und via Wiederkehr des Ewiggleichen ein Leben auf eine gefühlte Endlosschlaufe zu reduzieren in der Lage sind. Die aktuelle Produktion des seit 2017 bestehenden Kollektivs «Cie. O» um die Tänzerin und Choreographin Marie Alexis nimmt sich des Loop an: «Error 508» ist eine zweieinhalbstündige Aneinanderreihung von Problemstellung/Eskapismusmethodik (Einlass alle halbe Stunde), die den Fokus vom Individuum zurück auf die Ebene der Allgemeingültigkeit spiegelt. Das ewige Fallen, Aufstehen, Fallen, Aufstehen soll mittels Kontrolle und Optimierung, die wiederum ihrerseits den Charakter eines Wahns erlangen können, zu unterbrechen versucht werden, was zwanghaft und erfolglos geprobt, zur Dystopie mutieren kann. froh.

Cie. O: **«Error 508»,** Fr. 14.1., 18h/So, 16.1., 17h/Di, 18. und Sa, 22.1., 19h, Zentralwäscherei, Zürich.

Eisberg

Unsinkbar. Das Synonym für blinde Technikgläubigkeit des Eigners des grössten Schiffes der Welt bei seinem Stapellauf vor 111 Jahren ist untrennbar mit der eitelkeitsgetriebenen Fehlbarkeit des Kapitäns verbunden. Passt, situativ breiter aufgefächert in jede Zeit, also auch ins Jetzt. Mischa Käser schrieb die Musik für die 33 Gesänge von Hans Magnus Enzensbergers epischen Gedichts «Der Untergang der Titanic» und nennt seine musiktheatralische Vergegenwärtigung «Klingklang Untergang». Die realitätsferne Maxime eines einfach mal Drauflos wird in zahllosen aktuellen Frage- und Problemstellungen weiterhin als imaginiertes Lösungskonzept verkauft, derweil sich der Schiffsrumpf unaufhörlich mit Wasser füllt. Der Schauspieler Herwig Ursin ist im Zusammenhang mit Ruedi Häusermann bekannt, die Musikerin und Sängerin Irina Ungureanu aus der Spurensuche nach Maria Tanase in «Mein blaues Herz». froh.

«Klingklang Untergang», Sa, 15. bis So, 30.1., 20h (So, 17.30h), Kellertheater, Winterthur.

Groteske

Alfred Jarrys «Ubu Roi» von 1896 war, ist und wird in seiner realen Entsprechung des herrsch-, macht- und geldsüchtigen Tyrannen nie aus der Mode kommen, was bereits der Autor wusste und darum sein absurdes Theater bis zur Kenntlichkeit einer grotesken Überhöhung verfremdet hat. Heute mögen die Gepflogenheiten des diplomatischen Ausdruckes die vulgären Kraftausdrücke von Jarry abgelöst haben, in der Konsequenz für alle Untertanen – also alle anderen – verändert sich indes nichts. Vergleichbar mit Kriegen, die trotz allerhehrsten Absichten etwa einer Befreiung das gemeine Fussvolk immer am teuersten zu stehen kommen. Wenn der australische Puppenspieler Neville Tranter sich eines Stoffes annimmt, ist erfahrungsgemäss mit einer Adaption zu rechnen, die in einfachem Englisch sprachlich wie symbolisch-inhaltlich so leicht zu verstehen sein wird wie Sartres «L'enfer c'est les autres». froh.

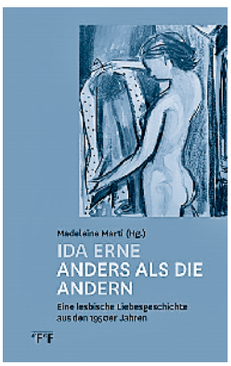
Neville Tranter: **«King Ubu»,** Sa, 15. bis Sa, 22.1., 20h (So, 18h), Theater Ticino, Wädenswil.

Unsichtbar

Das Dokumentartheater «sweet & sour» nach der Idee von Frida Léon Beraud des Dalang-Puppentheaters macht sich auf die Suche danach, die Lebensrealität von SexarbeiterInnen (deren Lage sich in der Pandemie verschärft hat) abzubilden und fragt, ob die Unsichtbarkeit der zu rund 80 Prozent aus MigrantInnen bestehenden SexarbeiterInnen zu deren Überlebensstrategie gehört oder vielmehr der gesellschaftlichen Vorliebe zur Verdrängung von unliebsamen Realitäten geschuldet ist. Barbara Terpoorten inszeniert multimedial. Sie berichtete jüngst im Gespräch, der «letzte Schrei» aus Freierperspektive während der Pandemie wäre das «Schwängern einer Prostituierten» geworden, was aus Frauenperspektive ihre ohnehin prekäre Lebenssituation zusätzlich verkompliziert. Fragen zur sexuellen Gesundheit und noch stärker bezüglich der Existenz einer ‹Wahl›, etwa abzulehnen, sind von einer existenziellen Bedrohung kaum mehr zu separieren. froh.

«sweet & sour», Mi, 19. – 29.1., 20h, Kulturmarkt, Zürich.

Einzigartig



Im Januar 1990 klingelte bei der Literaturwissenschaftlerin Madeleine Marti das Telefon und das bereits über 80-jährige Fräulein Ida Erne ersuchte sie um Hilfe bei der Verlagssuche für ihren in den 1950er-Jahren verfassten Roman über eine lesbische Liebesgeschichte. Die Autorin verstarb noch im selben Jahr, und das Projekt blieb liegen. Als Manuskriptkopie auch bei Madeleine Marti, die jetzt mittels Crowdfunding die Herausgabe ermöglicht hat.

«Anders als die anderen» (efef-Verlag 2022, 196 S., 27 Fr.) erzählt von einer in der Gastronomie tätigen Frau (wie die Autorin), die sich in die Dirigentin einer Damenkapelle verliebt und für diese Liebe kämpft. Als Zeitzeugnis über das innere Ringen, das Erleben der eigenen lesbischen Liebe und der gesellschaftlichen Situation einer Frauen liebenden berufstätigen Frau ist diese Erzählung aus der Nachkriegsschweiz nach heutigem Wissen einzigartig. froh.

Buchvernissage: **«Ida Erne: Anders als die anderen»,** Fr, 21.1., 20h, Comedyhaus, Zürich.

Wer surft auf der Tempo-30-Welle?

Acht Bisherige und neun Neue möchten am 13. Februar 2022 einen der neun Zürcher Stadtratssitze erobern. Wer sind diese Frauen und Männer, wie ticken sie? P.S. will es wissen – und befragt jede Woche ein Mitglied des Stadtrats und einen neuen Kandidaten/eine neue Kandidatin in separat geführten Interviews zum selben Thema. Diese Woche nehmen Stadträtin Karin Rykart (Grüne) und Simone Brander (SP) im Gespräch mit Nicole Soland Stellung zum Thema Tempo 30.

Karin Rykart

Die SVP bekämpft Tempo 30 auf Hauptachsen mit einer Volksinitiative. Sie behauptet, der Lärmschutz als Grund für die weitgehende Einführung von Tempo 30 sei nur vorgeschoben.

Karin Rykart: Wenn mit Tempo 30 statt 50 gefahren wird, verringert sich der Lärm nachweislich. In der Stadt Zürich sind nach wie vor über 100 000 EinwohnerInnen von übermässigem Lärm betroffen: Von einem vorgeschobenen Grund kann keine Rede sein.

Die Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs schreitet zügig voran, und E-Autos sind leiser als solche mit Verbrennungsmotoren: Kommt der städtische Geschwindigkeitsplan zu spät?

E-Autos sind leiser als solche mit Verbrennungsmotoren, doch die Abrollgeräusche der Reifen sind bei beiden Fahrzeugtypen etwa gleich laut. Dieser Geräuschpegel nimmt bei Tempo 30 hörbar ab.

Aus Sicht der velofahrenden Tempo-30-Fans macht der Stadtrat in seinem Geschwindigkeitsplan zu viele Kompromisse zugunsten des motorisierten Individualverkehrs.

Wir wollen den öV nicht schwächen. Auf einigen grossen Achsen prüfen wir deshalb, ob separate Trassen möglich sind, damit das Tram mit 50 km/h fahren kann. Auf abgesetzten Tramtrassen dürfen allerdings keine Busse fahren. Deshalb sieht der Geschwindigkeitsplan auf einigen grossen Achsen Tempo 30 nachts vor.

Häufig genannte Argumente gegen Tempo 30 auf Hauptachsen sind drohender Schleichverkehr in die Quartieren und die Einschränkung des öV.

Wir haben für die Rosengartenstrasse ein Gutachten gemacht. Dieses Gutachten zeigt, dass es den behaupteten Abfluss von der Hauptachse nicht gibt. Niemand will Schleichverkehr, weshalb wir die Lage bei den anstehenden Temporeduktionen im Auge behalten und eingreifen, sollte es Probleme geben. Dem öV wollen und müssen wir Sorge tragen. Dass er pünktlich ist und die Umsteigebeziehungen gut funktionieren, ist jedoch wichtiger als die Frage, wie schnell auf einer bestimmten Strecke gefahren werden kann.

Hand aufs Herz: Mit dem Velo macht Tempo 30 Spass. Aber mit Autos, die über 100 km/h hergäben? Da wäre es doch ehrlicher, das Autofahren in der Stadt zu verbieten.

Es gibt Menschen, die aufs Auto angewiesen sind, deshalb ist das keine Option. Doch Autos brauchen sehr viel Platz. Mit dem Auto in die Stadt zu fahren, um einzukaufen oder arbeiten zu gehen, ist nicht mehr zeitgemäss: Dafür ist der öV schlicht zu gut ausgebaut.

Was haben wir davon, wenn wir Sie wieder in den Stadtrat wählen?

Die Umsetzung von Tempo 30 ist mir wichtig, und mit den neuen Richtplänen sind weitere spannende Projekte umsetzungsreif. Neue Signalisationen für VelofahrerInnen wie etwa das Rechtsabbiegen bei Rot konnte ich umsetzen, als nächstes folgen 50 km sichere Velorouten. Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Stadtpolizei ist hoch: Die Menschen fühlen sich sicher in Zürich. Ich setze mich sehr gern dafür ein, dass das so bleibt.

Simone Brander

Die SVP bekämpft Tempo 30 auf Hauptachsen mit einer Volksinitiative. Sie behauptet, der Lärmschutz als Grund für die weitgehende Einführung von Tempo 30 sei nur vorgeschoben.

Simone Brander: Tempo 30 zum Schutz vor übermässigem Lärm ist einfach, günstig und wirkungsvoll, das zeigen alle Gutachten. In der Stadt Zürich leiden über 100 000 EinwohnerInnen unter zu viel Lärm. Es ist höchste Zeit, dass sie zu ihrem Recht kommen.

Die Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs schreitet zügig voran, und E-Autos sind leiser als solche mit Verbrennungsmotoren: Kommt der städtische Geschwindigkeitsplan zu spät?

Das Rollgeräusch der Reifen ist bei E-Autos gleich laut wie bei Benzinern. Um unsere Umweltziele zu erreichen, setzen wir am besten auf unsere Füsse, das Velo und den öV. Aber dort, wo es nicht anders geht, sind E-Autos immer noch besser als solche mit Verbrennungsmotoren.

Aus Sicht der velofahrenden Tempo-30-Fans macht der Stadtrat in seinem Geschwindigkeitsplan zu viele Kompromisse zugunsten des motorisierten Individualverkehrs.

Der Plan, den der Stadtrat beschlossen hat, ist ein grosser Schritt im Vergleich zu dem, was bisher in Sachen Tempo 30 passiert ist. Aber ich frage mich auch, weshalb das, was nun am Rosengarten möglich ist, z. B. an der Badenerstrasse nicht gehen soll. Dort wohnen ebenfalls viele lärmgeplagte Menschen. Dass sich Tempo 30 nicht von heute auf morgen umsetzen lässt, ist zudem bekannt – der Stadtrat hätte durchaus früher aktiv werden können.

Häufig genannte Argumente gegen Tempo 30 auf Hauptachsen sind drohender Schleichverkehr und die Einschränkung des öV.

Bei der Erarbeitung des Geschwindigkeitsplans hat der Stadtrat speziell auf diese Thematik geachtet, und zudem gibt es immer ein Monitoring. Schleichverkehr wird nicht geduldet. Was den öV betrifft, möchte ich daran erinnern, dass die Busse in der Stadt Zürich mit rund 15 bis 20 km/h unterwegs sind… 30 km/h wären toll! Wo der öV heute im Stau steckt, sind Lösungen gefragt. Niemand will den öV ausbremsen.

Hand aufs Herz: Mit dem Velo macht Tempo 30 Spass. Aber mit Autos, die über 100 km/h hergäben? Da wäre es ehrlicher, das Autofahren in der Stadt zu verbieten.

In unserer Stadt wohnen viele verschiedene Menschen, und wir müssen auf alle Rücksicht nehmen. Mit Tempo 30 wird der Autoverkehr verstetigt. Die Zukunft der städtischen Mobilität jedoch gehört nicht dem Auto: Es ist nicht effizient, 80 Kilo Mensch in zwei Tonnen Stahl fortzubewegen.

Was haben wir davon, wenn wir Sie in den Stadtrat wählen?

Ich setze mich dafür ein, Netto-Null möglichst schnell zu verwirklichen, aber auch für mehr bezahlbaren Wohnraum und ein sicheres Veloroutennetz. Ich bringe viel politische Erfahrung aus dem Gemeinderat und der SP mit. Zudem habe ich lange – auch als Führungsperson – in Verwaltungen gearbeitet und kenne mich mit den dortigen Abläufen und Gepflogenheiten aus.

Auf fremdem Terrain

Der Zürcher Kantonsrat befasste sich an seiner ersten Sitzung des Jahres vorwiegend mit Bundespolitik. Die Mehrheit verlangt ein aktives Vorgehen der Kantone bei der EU-Frage und will nichts von einem Zürcher Finish bei der Migration wissen.

Koni Loepfe

Der Entscheid des Bundesrats vom letzten Mai, die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen abzubrechen, gab acht Monate später im Kantonsrat zu reden. Anlass dazu bot ein dringliches Postulat von Michael Zeugin (GLP) und MitunterzeichnerInnen, das einen runden Tisch mit dem Bund und den Kantonen verlangt. «Dass der Bund die Verhandlungen mit der EU abbrach, ohne vorher die Kantone konsultiert zu haben, ist ein Skandal und wohl verfassungswidrig», führte Michael Zeugin aus. Er betonte, wie nach ihm fast alle, die Wichtigkeit der Beziehung der Schweiz zur EU, rund die Hälfte der Schweizer Exporte gehen dorthin. Besonders betroffen ist der Kanton Zürich. Der Abbruch der Verhandlungen habe bereits Folgen, führte Michael Zeugin aus: bei der Forschung, bei der Medizinalbranche und etwa beim Strom. Immer mehr der 120 bilateralen Verträge würden auslaufen, und damit sei ohne geregelte Zusammenarbeit mit der EU der Wohlstand der Schweiz bedroht.

Betreffend der Wichtigkeit der Beziehungen zur EU widersprach Regierungsratspräsidentin Jacqueline Fehr den Postulanten nicht. Sehr dezidiert aber beim Vorwurf der mangelnden Konsultation der Kantone. Im Rahmen des Europadialogs treffe sich die Konferenz der Kantonsregierungen etwa aller zwei Monate mit Vertretern des Bundes. Sie selber gehöre zur Europakommission der Kantone, und diese werde vom Bund durchaus ernst genommen: «Wir wurden konsultiert und unsere Auffassung auch gehört. Wir waren für Weiterverhandeln, der Bundesrat entschied anders. Das kommt in der Politik vor.» Diesen beiden Kommissionen nun eine dritte in Form eines Runden Tisches beizufügen, ergebe keinen Sinn. Jacqueline Fehr wurde deutlich: «Wenn Sie das Postulat überweisen, werde ich Ihnen in zwei Jahren kaum etwas anderes berichten können, als ich hier gesagt habe.» Kantonsratspräsident Benno Scherrer stellte fest, dass der Bericht bei einem dringlichen Postulat innerhalb eines Jahres abgeliefert werden müsse. Seine Bemerkung ändert kaum etwas an der Aussage der Regierungsratspräsidentin.

Darin waren sich im Prinzip auch alle RednerInnen einig. Die linke Ratsseite bis und mit Mitte stimmte, wie es Markus Bischoff (AL) ausdrückte, aus symbolischen Gründen für die Überweisung des Postulats, um die Dringlichkeit aus Zürcher Sicht zu betonen und logischerweise auch als Zürcher Protest gegen den Abbruch der Verhandlungen. Der Freisinn sieht es wie die Regierung und somit keinen Sinn in einem weiteren Runden Tisch. Die SVP ist mit dem Abbruch der Verhandlungen einverstanden, da sie den Vertrag in einigen zentralen Punkten mit den Interessen der Schweiz für unvereinbar hält. Interessant waren die unterschiedlichen Akzente innerhalb der Fraktion: Während sich Hans Egli (SVP/EDU) beklagte, dass die EU diktiere und nicht partnerschaftlich verhandle, begriff Matthias Hauser (SVP) die EU durchaus. Dass sie ein europäisches Gericht zur Regulierung des Binnenmarktes verlange, sei aus ihrer Sicht verständlich, aber mit der Direkten Demokratie der Schweiz unvereinbar.

Düsterer sieht es Markus Schaaf (EVP): Ihn erinnert die Antwort des Regierungsrats an ein Flugzeug im freien Fall, bei dem der Pilot sagt, alles sei in Ordnung. Thomas Forrer (Grüne) betonte wie Markus Bischoff (AL) die Bedeutung der EU für die Schweiz und auch die Relation von gut 400 Millionen EinwohnerInnen gegen unsere 8 Millionen. «Was der Bundesrat geboten hat, ist ein Trauerspiel», führte Markus Späth (SP) aus. Was ausser der SVP fast alle so sehen. Nur darf man dabei die Umstände nicht vergessen: Der Bundesrat brach die Verhandlungen weniger aus inhaltlichen Gründen ab, sondern weil er keine Mehrheit dafür im Parlament sah – und auch keine Chance, dies zu ändern. Daran waren, wie Markus Bischoff festhielt, auch Linke beteiligt: etwa der gewerkschaftliche Flügel in der SP (das ist von mir, kl.), der nicht nur in dieser Frage die Fraktion dominiert. Diese Feststellung ist keine unnütze Vergangenheitsbewältigung, sondern nach wie vor Gegenwart.

Das Tricklein

Der ehemalige Kantonsrat und jetzige Nationalrat Gregor Rutz (SVP) verfasste im Rahmen der Auseinandersetzung um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (2014 angenommen) eine Einzelinitiative, die die Einschränkungen kantonal vor allem bei den eigenen Stellen verlangt, die die Bundesgesetzgebung verwehrte. Die Kantonsratskommission kam inklusive den Vertretern der SVP bald zur Einsicht, dass die Bundesregelung eigene kantonale Regelungen ausschliesst. Um das Gesicht zu wahren oder um zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen, präsentierte Ueli Bamert (SVP) einen Ausweg: Die Verwaltung solle künftig jede freie Stelle zuerst intern ausschreiben (bei einer offenen Ausschreibung können sich auch AusländerInnen melden) und zudem überprüfen, ob die Stelle weiterhin nötig sei. Das Zweite ist im Prinzip bereits der Fall, aber in der Praxis meist recht theoretisch. Gerade im vom Initianten genannten Gesundheitsbereich ist der Kanton nicht nur aktuell um jede Fachperson froh, die er findet. Nur die SVP sprach sich für dieses Trickli aus.

Im Übrigen verabschiedete der Kantonsrat einen weiteren Rahmenkredit von 4 Millionen Franken für Weiterbildungsprogramme für Ausgesteuerte. Es waren einmal 20 Millionen Franken gewesen. Die Kürzung ist kein Sparprogramm, sondern entspricht dem aktuellen Bedarf.

Reklame

Offene Türen für weniger Beton

Der Zürcher Gemeinderat rennt mit seinem Wunsch nach weniger Treibhausgasausstoss aufgrund der Bautätigkeit offene Türen ein. Ein dringliches Postulat verlangt eine Auslegeordnung dazu, wie das Stadtspital zu «grösserem unternehmerischem Handlungsspielraum» kommen kann.

Nicole Soland

Gemeinsam behandelte der Zürcher Gemeinderat an seiner Sitzung vom Mittwochabend drei Vorstösse, die sich alle mit der Bautätigkeit befassten: Mit einer Interpellation hatten Florian Blättler (SP) und Christian Monn (GLP) Auskunft darüber verlangt, wie viel Treibhausgas aufgrund der Bautätigkeit ausgestossen und inwiefern dieser Ausstoss im Hinblick auf das Erreichen der Klimaziele berücksichtigt wird. Sie fragten zudem nach allfälligen Pilotprojekten für den Verzicht auf traditionellen Beton bei städtischen Bauprojekten und für die Berücksichtigung alternativer Baustoffe. Mit einer Motion forderten Julia Hofstetter und Brigitte Fürer (beide Grüne) ein Pilotprojekt für ein «zirkuläres Bauen» bei städtischen Gebäuden. Als Dritte im Bunde verlangten Patrik Maillard und Natalie Eberle (beide AL) eine Gesamtenergiebilanz für städtische Gebäude bei allen Bauprojekten.

Die Herstellung von Zement sei für acht Prozent des CO_2-Ausstosses weltweit verantwortlich, sagte Florian Blättler und zeigte sich erfreut, dass sich die Stadt des Problems bewusst sei. Trotzdem sei der Treibhausgasausstoss «immer noch sehr hoch». Julia Hofstetter verwies auf die «enormen Mengen» von Bauschutt, die aufgrund der vielen Neu- und Umbauten anfielen. Hier sei eine «massive Reduktion von grauer Energie» nötig. Deshalb solle die Stadt Zürich mit einem Pilotprojekt für zirkuläres Bauen «so viel CO_2 einsparen wie möglich». Zirkuläres Bauen gehe weiter als Recycling, fügte sie an. So könnten ganze Bauelemente aus Abbruchhäusern wiederverwendet werden, beispielsweise Treppenhäuser. Patrik Maillard begründete die Forderung nach einer Gesamtenergiebilanz bei allen zukünftigen Bauprojekten mit einer «unbefriedigenden Antwort»: Die AL hatte im Zusammenhang mit dem geplanten Ersatzneubau der Siedlung Hardau I gefragt, wie sich die Gesamtenergiebilanz eines Ersatzneubaus gegenüber einer energieeffizienten Gesamtsanierung der bestehenden Gebäude darstellt. Die Verwaltung habe geantwortet, «dass die Stadt Zürich keine solchen Berechnungen macht». Dabei müsste das «selbstverständlich» sein, befand Patrik Maillard. Die SVP lehnte sowohl die Motion als auch das Postulat ab. Jean-Marc Jung begründete dies unter anderem damit, es gebe einen neuen Markt für wiederverwendbare Materialien, das spare Ressourcen und lohne sich immer mehr. Alles Geforderte könne folglich freiwillig gemacht werden. Im Übrigen hätten bereits die alten Römer ihre Materialien wiederverwendet und die Menschen im Mittelalter ebenso, fügte er an.

Christian Monn anerkannte zwar, dass man schon Beton-Recycling mache, doch es gebe noch «grosse Lücken». Alternative Baustoffe wie etwa Lehm müssten erst in «gleichbleibender Qualität» vorliegen und via kurze Transportwege verfügbar sein, damit sie sinnvoll eingesetzt werden könnten, und das Thema Holz als Baustoff fehle ebenfalls noch. Walter Angst (AL) betonte, der CO_2-Ausstoss lasse sich nur dann sinnvoll reduzieren, wenn man nicht mehr so viele Gebäude abbreche. Beton dürfe man zudem nur dort einsetzen, wo es nicht anders gehe. Auch Ernst Danner (EVP) befand, zirkuläres Bauen sei «eine sehr gute Sache», wenn auch nichts Neues – wobei er als Beispiel dafür weder die Römer noch das Mittelalter brachte, sondern die Stadt Jerusalem. Bei der Motion jedoch habe die EVP Bedenken, weshalb sie sich der Stimme enthalten werde.

Hochbauvorsteher André Odermatt erklärte, die drei Vorstösse träfen einen sehr wichtigen Punkt im Hinblick auf den Klimawandel und das Erreichen des Netto-Null-Ziels: «Sie rennen damit offene Türen beim Stadtrat ein.» Die Motion überwies der Rat mit 92:15 Stimmen (der SVP) bei vier Enthaltungen (der EVP). Das Postulat kam mit 97:14 Stimmen (der SVP) durch.

Auslegeordnung gefordert

Viel zu reden gab ein dringliches Postulat von SP, Grünen und EVP mit folgendem Wortlaut: «Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt, wie dem Stadtspital ein grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum gewährt und gleichzeitig eine angemessene demokratische Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat sichergestellt werden kann.» Marion Schmid (SP) erklärte, die PostulantInnen verlangten einen Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten: Ausgliederung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt versus Dienstabteilung oder Eigenwirtschaftsbetrieb mit Anpassungen. Wichtig sei, dass die demokratische Mitbestimmung gewährleistet sei. Mit dem Vorstoss wolle man einen Weg öffnen, «der politisch mehrheitsfähig ist», sagte sie. Das Ziel des Stadtrats sei die Ausgliederung, fügte sie an, was SVP und FDP begrüssten, während die Linke «eher kritisch» sei, nicht zuletzt angesichts von Beispielen wie dem Unispital, wo die Politik «keinen Einfluss mehr hat». Den Ablehnungsantrag der SVP begründete Walter Anken damit, es gehe den PostulantInnen bloss darum, die seit Langem angekündigte Ausgliederung, ja gar die Diskussion darüber zu verhindern. Auch Frank Rühli (FDP) befand, der Vorstoss sei «unnötig», denn der Stadtrat sei seit 2017 für eine Ausgliederung. Man müsse bloss endlich «Nägel mit Köpfen» machen. David Garcia Nuñez (AL) erklärte, seine Fraktion unterstütze den Vorstoss: Die AL sei die einzige Partei, die sich «immer klar gegen Ausgliederungen ausgesprochen hat». Mit 69:44 Stimmen überwies der Rat das dringliche Postulat.

Reklame

PAROLENSPIEGEL FÜR DEN 13. FEBRUAR

Abstimmungen

Schweiz

Medienpaket
Ja: SP, Grüne, AL, PdA, EVP, Mitte, GLP
Nein: FDP, SVP
Änderung Stempelabgaben
Ja: FDP, GLP. Mitte
Nein: SP, Grüne, AL, PdA, EVP
Initiative Tierversuchsverbot
Ja: –
Nein: SP, Grüne, AL, PdA, EVP, Mitte, GLP, FDP
Initiative Tabakwerbung
Ja: SP, Grüne, AL, PdA, EVP, GLP
Nein: FDP
Stimmfreigabe: Mitte

Wahlen

Stadt Zürich

Stadtrat
Kandidierende bisher: Michael Baumer (FDP), Raphael Golta (SP), Andreas Hauri (GLP), Daniel Leupi (Grüne), Filippo Leutenegger (FDP), Corine Mauch (SP), André Odermatt (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne).
Kandidierende neu: Walter Angst (AL), Michael Bartelt (FL Züri), Simone Brander (SP), Josua Dietrich (FL Züri), Eugene Filimon (parteilos), Roger Föhn (EVP), Andrea Hazan (FL Züri), Lukas Imfeld (FL Züri), Stephan Iten (SVP), Serap Kahriman (JGLP), Dario Miglioretto (Freie Radikale), Sonja Rueff-Frenkel (FDP), Roland Scheck (SVP), Prisca Stähelin Bartelt (FL Züri), Peter Vetsch (parteilos), Dominik Waser (Grüne), Josef Widler (Mitte).
Stadtpräsidium
Kandidierende: Corine Mauch (SP), Dario Miglioretto (Freie Radikale), Josua Dietrich (FL Züri), Eugene Filimon (parteilos).

Stadt Winterthur

Stadtrat
Kandidierende bisher: Jürg Altwegg (Grüne), Kaspar Bopp (SP), Katrin Cometta (GLP), Stefan Fritschi (FDP), Nicolas Galladé (SP), Michael Künzle (Mitte), Christa Meier (SP).
Kandidierende neu: Romana Heuberger (FDP), Maria Wegelin (SVP), Thomas Wolf (SVP).
Stadtpräsidium
Kandidierende: Kaspar Bopp (SP). Michael Künzle (Mitte).

POLITAGENDA

Samstag, 15. Januar
14h, Busstation Bhf. Wollishofen/ Werft, Zürich
«Freiraum und Kultur statt Luxusbeton – Stadtentwicklung am See in Wollishofen»
Spaziergang und Inputreferate mit Gemeinderat Luca Maggi und Gemeinderätin Sibylle Kauer (beide Grüne) vom Savera-Areal zur Roten Fabrik. Ohne Anmeldung, es gelten die aktuellen Corona-Massnahmen.

Freitag, 21. Januar
19h, Gemeinschaftsraum Greencity, Manegg-platz 34, Zürich
«Naturschutz in Leimbach: Fallätschegartä vor der Zerstörung schützen»
Film und Podiumsdiskussion: Gemeinderätin Sibylle Kauer und Gemeinderat Luca Maggi (beide Grüne) zusammen mit der IG «Stopp Zerstörung von Naturlandschaft in Zürich Leimbach». Ohne Anmeldung, es gelten die aktuellen Corona-Massnahmen.

Ziehen Sie um?

Bitte teilen Sie uns Ihre Adressänderung mit. Tel. 044 241 07 60, Mail. aboservice@pszeitung.ch

FORUM

Selbstbestimmung, die wir wollen?

Die Vorlage 5594c, kurz als Selbstbestimmungsgesetz bezeichnet, kommt am 17.01.22 für die 1. Lesung in den Kantonsrat. Toll, zum 40-Jahr-Jubiläum des Jahres der Behinderten 1981 (heute Menschen mit Behinderung) ein Selbstbestimmungsgesetz! Dies meine Reaktion, als ich letztes Jahr von diesem Gesetzesprojekt hörte. Ich erwartete Vorschläge, wie künftig Selbstbestimmung im Kanton Zürich gesellschaftlich garantiert und die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden. Meiner Begeisterung folgte die Ernüchterung auf dem Fuss.

Das neue Selbstbestimmungsgesetz entpuppte sich bei näherem Hinsehen als reines Finanzierungsgesetz für den Leistungsbezug durch Menschen mit Behinderung und hat herzlich wenig mit Selbstbestimmung zu tun, ist weder Garantie noch Voraussetzung. Anders als bisher klärt neu eine kantonale Stelle vorab zentral den individuellen Bedarf jeder leistungsberechtigten Person. In schätzungsweise 95 Prozent der Situationen (ausgenommen ist nur die kleine Gruppe der bereits Assistenzbeitragsberechtigten) erhalten die Antragstellenden einen Gutschein. Erst mit diesem können sie sich dann verbindlich auf die Suche nach passenden, sogenannt subjektfinanzierten Angeboten machen. Dass dabei neu auch natürliche Personen und nicht nur Institutionen/Organisationen als Leistungserbringende möglich sein sollen, ist ein Augenwischer.

Als Begründung für den Gutschein wird auf die psychische oder kognitive Beeinträchtigung eines grossen Teils der LeistungsempfängerInnen und auf die Gefahr des Missbrauchs («Zweckentfremdung der Gelder») verwiesen. Das kantonale Sozialamt hat künftig von der Bedarfserhebung bis zur Auszahlung alles in der Hand, was – wie die Regierung selber schreibt – «eine direkte Steuerung der Leistungs- und Kostenkriterien» ermöglicht. Selbstbestimmung als fürsorgerische Aufgabe? Wie wären wohl die Reaktionen, würde die Gleichstellung von Frau und Mann vom kantonalen Sozialamt gesteuert?

Von Klaus Dörner, einem der Pioniere in der Sozialpsychiatrie, habe ich gelernt, dass immer bei den Bedürfnissen der Verletzlichsten anzusetzen ist, dass sich die Praxis aber meist an den Fittesten orientiert (was man diesen nicht zum Vorwurf machen darf!). Dies führt zu einer ständig zunehmenden Ausgrenzung bis zur, wie er es nennt, Konzentration der Unerträglichkeit. Geradezu exemplarisch, geschieht dies im neuen Gesetz. Fünf Prozent erhalten Geld auf die Hand, alle andern erhalten Gutscheine – und niemand scheint sich an den Gutscheinen und der Ungleichbehandlung zu stören.

Ich wünsche mir, dass das Parlament die Gutscheine nochmals kritisch überprüft. Mindestens aber erwarte ich, dass eine Mehrheit im Parlament zwei Änderungen vornimmt: Das Gesetz muss einen ehrlichen Namen erhalten – Subjektfinanzierungsgesetz statt Selbstbestimmungsgesetz –, und in § 1 muss der Kanton Wahlfreiheit gewährleisten oder garantieren und nicht einfach nur (wie eine Gnade oder ein Skonto) gewähren. Selbstbestimmung ist definitiv anders, als sie im aktuellen Gesetzesentwurf daherkommt.
Markus Brandenberger

Der Abbauwahn der Rechten

Mit der Abschaffung der Stempelsteuer sollen einmal mehr Grosskonzerne entlastet werden. Der einfache Bürger muss dann diese neuen Steuerprivilegien bezahlen. Deshalb hat die SP das Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer ergriffen. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist nur die Spitze des Eisbergs. Weitere Steuerprivilegien für Grosskonzerne und Vermögende sind bereits in der Pipeline. Insgesamt würde die Abschaffung der Stempelsteuer ein Loch von 2,2 Milliarden Franken in die Staatskasse reissen, das jedes Jahr! Mit der Konsequenz, dass die Bürgerinnen und Bürger die Ausfälle bezahlen müssen. Die Abschaffung der Emissionsabgabe ist erst der Anfang der bürgerlichen Salami-Taktik: Mit der USR III wollten die Bürgerlichen Grosskonzerne und Aktionäre massiv bevorzugen. In der Volksabstimmung sind sie damit aber hochkant gescheitert. Nun wollen sie das scheibchenweise nachholen. Darum am 13. Februar ein deutliches Nein zum Stempelsteuer-Bschiss!
Max Bürgis, Wettingen

de F-35

chuum abghobe
esch är scho duss us de Schwiiz
mer chönne Russland bombe
d Kanare bombe
luftpolizeilich
neutral
Noëmi Holtz

Stopp F-35 hier unterschreiben: https://f-35.spschweiz.ch/

IN KÜRZE

Alterszentrum schliesst

Am Dienstag waren die Angehörigen der BewohnerInnen des Alterszentrums St. Peter und Paul in der Stadt Zürich zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Thema: «Strategische Neuausrichtung.» An diesem Anlass teilten ihnen VertreterInnen der kirchlichen Stiftung St. Peter und Paul und des Alterszentrums mit, dass dieses per

Ende April geschlossen werden soll. Als Gründe gaben sie unter anderem den Trend zu Alterswohnungen, zu kleine Zimmer im bestehenden Gebäude und bauliche Massnahmen wegen neuen Vorschriften an.

Auf seiner Website hält das Alterszentrum St. Peter und Paul zudem fest, dass die Belegung der Betten «kontinuierlich» zurückgegangen sei: «Corona hat diesen Trend noch beschleunigt.» Heute würden vermehrt «Wohnungen mit Serviceleistungen verlangt oder grössere Zimmer mit gehobenem Komfort». Diesen Anforderungen genüge das Alterszentrum St. Peter und Paul mit der aktuellen Infrastruktur nicht. In bauliche Massnahmen zu investieren, wäre jedoch «in der aktuellen wirtschaftlichen Situation und mit Blick auf die Zukunft nicht sinnvoll».

Das Alterszentrum in der heutigen Form soll deshalb geschlossen und nach einer Planungs- und Umbauzeit entsprechend den heutigen Bedürfnissen umgebaut werden: Es gibt dort künftig ausschliesslich Alterswohnungen. Das heutige Alterszentrum verfügt über etwas mehr als 80 Betten und ca. 90 Angestellte. An der Informationsveranstaltung vom Dienstag versicherten Vertreter der Stiftung und die Leiterin des Alterszentrums, den BewohnerInnen und deren Angehörigen bei der Suche nach einem neuen Platz behilflich zu sein. Dies gelte auch für das Personal. Aktuell läuft ein Konsultationsverfahren unter den MitarbeiterInnen. Je nach Ausgang wird das Alterszentrum auf den 30. April 2022 geschlossen. nic.

Start für Boden-Initiative

Jetzt können SP, EVP und GP in Wädenswil mit der Unterschriftensammlung für ihre Initiative «Boden behalten – Wädenswil nachhaltig gestalten» loslegen. Das kommunale Volksbegehren verlangt, dass die Stadt eigenes Land grundsätzlich bloss noch im Baurecht abgibt und nur noch in wenigen, klar definierten Ausnahmefällen verkauft (P.S. berichtete). Indem die Stadt ihren Grund und Boden der Spekulation entziehe und als langfristige Reserve für eigene Zwecke und kommende Generationen im Besitz der Allgemeinheit behalte, könne sie auch direkten Einfluss auf die Entwicklung und Gestaltung von Wädenswil nehmen, argumentieren die Initianten.

Anfang Woche nun hat der Stadtrat die Initiative im Sinne einer Vorprüfung für gültig erklärt. Starten wollte das Initiativkomitee die Unterschriftensammlung für das am 17. Dezember 2021 eingereichte Volksbegehren ursprünglich noch im alten Jahr. Weil der Stadtrat dann aber die Initiative nicht mehr vor, sondern nunmehr nach den Festtagen der Vorprüfung unterzog, mussten sich die Initianten noch etwas gedulden. Für das Zustandekommen des Volksbegehrens sind 600 gültige Unterschriften innerhalb von 6 Monaten erforderlich. as.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
Auflage: 7047 Ex.
Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Simon Muster (sim.) (Politik/Online), Thierry Frochaux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Sergio Scagliola (sca.) (Praktikum).
Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schäppi (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.).

Inserate/Abos:
Anna Hug, Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,
aboservice@pszeitung.ch,
redaktion@pszeitung.ch,
www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (GönnerInnen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–
www.loopzeitung.ch

SONNE & WOLKEN IM NEUEN JAHR

Warum sich nicht einfach mal freuen?

2022 begann wunderbar. Frühlingshaft mild, blauer Himmel. Wie vom Wetterkärtchen versprochen. Auf dem Haushügel lagen wir um die 1000 Meter über Meer im Bereich, wo Höchsttemperaturen zu erwarten waren und dösten an der Sonne. Da störten Staffeln flockiger Schäfchenwolken nicht, im Gegenteil, sie machten das Bild noch schöner.

Bis ich genauer hinsah: Es waren Kondensstreifen, die sich vom Strich zu hübschen Gebilden wandelten. Gehört hatte ich die Metallvögel nicht. Nur hie und da ein fernes Röhren aus der Winterruhe gerissener Motorräder. Wurden sie vom Geknatter in der Sylvesternacht geweckt? Wir hatten uns beim Warten auf den 24-Uhr-Glockenschlag gefragt, was geschehen würde, wenn es wie in Deutschland zu Verboten des Verkaufs und Abbrennens von Feuerwerk käme. Dann wäre im Tösstal, wo Trychlerzüge am Jahresende eine alte Tradition sind, akustisch wohl erst recht der Teufel los.

Aber vielleicht gibt's bald laut- und geruchlose E-Raketen. Nur ein Blitz! In teurer Version hundert, tausend bunte Punkte, um Pracht, Protzerei und Nachhaltigkeit zu einen. Alles scheint möglich. Eins der ersten Januar-Blätter, redaktionell noch immer mager, kam mit gleich zwei der verqueren ‹Smart-Media›-Produkte daher. Jenes zum «Fokus Mobilität» machte mit Formel-E-Rennfahrern und ihrer Vision von Umweltschutz auf. Jung, «positiv eingestellt und zielstrebig», begeistert von der «Elektromobilität». Sie wird «unsere tägliche Zukunft sein». Darunter werden «Traumberufe» im Autoverkauf gepriesen. Auch sonst tolle Titel: E-Autos «als Stromspeicher für Gebäude», «Massgeschneidertes Flottenmanagement dank technischer Innovation». Co-Working – «die neue Sorgenfreiheit am Arbeitsplatz». Und passende Anzeigen. «Wohnglück in Bolligen», stadtnah auf dem Land. Suzuki-Kompakt-Hybrid-4x4-Cross sowie E-Biker in alpinem Gelände. Der grünliche Verkehrsclub bietet seine Autoversicherung an: «Sicher unterwegs» mit Zurich E-Mobility Protect. Zusätzlich profitieren vom attraktiven Ökobonus und als VCS-Mitglied weitere 10 Prozent Rabatt.

Doch zurück zu den Fliegern, mit denen über die Festtage zur Freude der gebeutelten Branche wieder mehr Leute der Corona-Enge entflohen. Im quasi offiziellen Organ der hiesigen Klimawissenschaft bestätigt der Präsident des akademischen Forums für Klima und globalen Wandel: «Schweizerinnen und Schweizer sind Vielreisende. Sie fliegen fast doppelt so oft wie ihre ausländischen Nachbarn.» 75 Prozent mehr CO_2-Ausstoss als 1990. Er stieg im letzten Jahrzehnt gut drei Prozent jährlich. Corona wirkte als Bremse. Doch selbst bei weniger Wachstum und optimistischem Szenario der technologischen Entwicklung wird unsere Luftfahrt wohl bis 2050 rund 30 Prozent mehr zur Erwärmung beitragen als 2019. «Dies ist mit dem Ziel des Bundesrats von Netto-Null-Emissionen nicht zu vereinbaren», hält Philippe Thalmann, Professor für Umweltökonomie an der ETH Lausanne, fest.

Wie wohltuend, dass der TA am Dreikönigstag per Mail über «sieben ETH-Spin-offs mit Potenzial» berichten konnte. Was sorgen wir uns? «Zürich-Erfindungen retten die Welt.» Flugzeuge mit Benzin aus Sonnenlicht, Roboter zur Entlastung unseres Spitalpersonals, ein Computer, der bei Seenotrettungen hilft … Direkt darunter im digitalen Briefkasten der dringende Aufruf zum Frontex-Referendum: «Wir brauchen noch 25 000 Unterschriften bis Mitte Januar.» Die bittersten Glossen schreiben sich selbst.

Hans Steiger

Mehr zum Ausblick von ProClim und anderen heiklen Hoffnungen in der Zeitschriften-Schau auf den Seiten 18 – 19.

Femmes* pour la Paix
Frauen* für den Frieden
Donne* per la Pace
Women* for Peace

Gesucht: Lektorat für die «Frauenstimme»

Die Frauen für den Frieden Schweiz suchen eine Lektorin / einen Lektor für ihre Vierteljahreszeitschrift Frauenstimme.

Die hochwertige Zeitschrift umfasst meist 44 Seiten. Der Aufwand beträgt ca. 70 Stunden pro Jahr. **Es ist ein Ehrenamt.** Wir suchen eine gute, aber nicht perfekte Person.

Interessent*innen melden sich bitte bei: agnes.hohl@bluewin.ch, Tel. 077 474 61 84

Suche den Frieden und jage ihm nach.

Stoppt das Zeitungs-STERBEN

JAjaJA jaid

ja-zur-medienvielfalt.ch
am 13. Februar

«Eine Demokratie braucht funktionierende Medien. Dafür setzen wir uns ein.»

Corina Gredig
Nationalrätin GLP

Marionna Schlatter
Nationalrätin Grüne

Min Li Marti
Nationalrätin SP
Verlegerin P.S.

Nik Gugger
Nationalrat EVP

Judith Stofer
Kantonsrätin AL

ja-zur-medienvielfalt.ch

JA zum Medienpaket am 13. Februar

JAjaJA jaid

Heilige Kuh KMU

«KMU stärken. Arbeitsplätze sichern.» Damit plakatieren die BefürworterInnen der Abschaffung der Stempelsteuer im Moment das Land. Wirtschaftsverbände und bürgerliche Parteien können praktischerweise das gleiche Plaktatsujet bei jeder Abstimmung recyclen. Ich kann mich kaum an eine Abstimmungskampagne erinnern, bei der nicht die KMU ins Spiel gebracht wurden. Schon 2001 warnte der Gewerbeverband, dass eine Kapitalgewinnsteuer die «KMU schwächen» würde. Im Zentrum der Unternehmenssteuerreform in sämtlichen Varianten standen natürlich die KMU. Auch bei der Konzernverantwortungsinitiative oder bei der Kriegsmaterialinitiative wollte man natürlich in erster Linie die KMU beschützen. Als kleine Unterspielart für Jungfreisinnige und Grünliberale können KMU noch mit Start-ups ergänzt werden.

Die werberische Absicht ist klar: KMU sind sympathisch, Grosskonzerne nicht. Bei KMU denkt man an den Bäcker oder die Handwerkerin, und denen will ja wirklich keiner schaden. Nun sind die KMU tatsächlich zentral für die Schweiz: 99 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz sind KMU, also Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Die KMU beschäftigen auch die meisten Erwerbstätigen: So arbeiten ungefähr 4,5 Millionen von rund 5,1 Millionen Erwerbstätigen bei einem KMU. Die KMU sind also tatsächlich das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft.

Nur, KMU ist nicht gleich KMU. Die meisten KMU sind laut Bundesamt für Statistik Mikrounternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten. Die P.S. Verlags GmbH, deren Mitbesitzerin ich bin, ist eine davon. Stempelabgaben sind Steuern, die auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften erhoben werden. Betroffen bei der Abstimmung sind die sogenannten Emissionsabgaben. Dabei geht es um eine Abgabe von einem Prozent auf die Ausgabe von Aktien, Stammeinlagen oder Genossenschaftsanteilen von inländischen Unternehmen. Wird eine Firma neu gegründet oder das Eigenkapital erhöht, gilt eine Freigrenze von einer Million Franken. Diese Freigrenze wurde vor einigen Jahren erhöht, um KMU und Start-ups auszunehmen. So schreibt der Bundesrat Hans-Rudolf Merz (FDP), der nicht unter erhöhtem Linksverdacht steht, in der Antwort auf eine Motion von Gerold Bührer (FDP) 2005 zur Abschaffung der Stempelsteuer: «Die Nutzniesser wären in erster Linie bei den multinationalen Unternehmen, den Banken, Versicherungen und Holdinggesellschaften zu suchen, nicht aber bei den KMU.» Mein Mikrounternehmen stärkt man also nicht mit der Abschaffung der Stempelsteuer. Dafür mit einer Annahme des Mediengesetzes, aber das ist nur eine Klammerbemerkung.

KMU sind ganz unterschiedlich, nicht nur in der Grösse, sondern auch beim Geld. Es gibt kleinste Unternehmen mit grossen Gewinnen, andere leben von der Hand in den Mund. Die Pauschalvertretung der KMU wäre also auch schon schwierig, wenn es sie tatsächlich grossmehrheitlich betreffen würde. So ist ein Vaterschaftsurlaub für Firmen, die mehrheitlich Frauen beschäftigen, eine ganz andere Geschichte als bei jenen, bei denen es viele (potenzielle) Väter gibt. In diesem Fall – wie schon bei Konzernverantwortungs- und Kriegsmaterialinitiative – ist der KMU-Fokus beinahe schon absurd.

Vertreten die selbsternannten KMU-Retterinnen und -Stärker die KMU überhaupt sonst so generell? Das ist mindestens zweifelhaft, wie die Corona-Krise zeigte. Wenn wir uns an die Anfänge von Corona zurückerinnern, waren es vor allem die Linken, die sich für das von der Krise getroffene Gewerbe eingesetzt haben. NZZ-Inlandchefin Christina Neuhaus schrieb vor rund einem Jahr: «Doch die Corona-Bilanz der Parteien ist durchzogen. Siegerin nach Punkten ist die SP. Sie hat Ladenbesitzern und Selbstständigen früh eine Stimme gegeben und es geschafft, sich als neue Gewerbepartei zu erfinden. Co-Präsidentin Mattea Meyer und ihr Amtskollege Cédric Wermuth fehlen bei keiner Debatte. Die von Roger Köppel als ‹Mutter Courage des Gewerbes› bezeichnete Jacqueline Badran kennt man spätestens seit diesem Sommer nicht mehr nur in Zürich und Bern, sondern auch in St. Gallenkappel und Gampel. Ihre Stimme trägt weit.» Und auch Fabio Regazzi, Mitte-Nationalrat und Präsident des Gewerbeverbands, lobte in der ‹Sonntags-Zeitung›: «SP und Grüne haben sich neben der CVP am meisten eingesetzt für die KMU.» Wenig getan haben hingegen die selbsternannten Wirtschafts- und Gewerbeparteien SVP und FDP.

Ein Jahr später ist die Welt zwar coronamässig immer noch aus den Fugen, politisch sind die Fronten aber wieder klar. Die Rechte versucht die Linke in die wirtschaftsfeindliche Ecke zu drängen. Ob es gelingt, ist noch offen, laut Umfragen ist eine Mehrheit skeptisch. Dabei geht es im Kern wohl um eine Gerechtigkeitsfrage. Laut dem Umfrageinstitut gfs.bern finden zwei Drittel, dass Grosskonzerne und Finanzunternehmen, welche die Stempelsteuer vor allem bezahlen, in der Schweiz unterbesteuert seien und keine Entlastung nötig hätten. Die nach wie vor angespannte Corona-Situation könnte dieses Gefühl verstärken. Ob es am Schluss reichen wird, ist noch unklar. Ein Sieg für Linke und Grüne ist aber gut möglich, das hat sich bereits bei der Unternehmenssteuerreform III und auch schon bei anderen Steuervorlagen gezeigt.

Einige haben gehofft und hoffen wohl immer noch, dass sich die SP längerfristig als neue Gewerbepartei etablieren könne. Ich war diesbezüglich immer etwas skeptisch. Nicht weil die SP sich nicht für die KMU einsetzt und nicht, weil nicht etliche SPlerInnen selber UnternehmerInnen sind. Sondern weil es immer schwierig ist, Zuschreibungen zu ändern, selbst wenn sie falsch sind. Bis anhin hat es bei einer grünen Welle nicht geholfen, zu sagen, die SP sei übrigens auch grün. Das mag sich mal ändern, aber bis jetzt spricht wenig dafür. Zum anderen, weil wir nicht die gleichen intellektuellen Fehler machen sollten wie unsere politischen GegnerInnen. Gewerbe ist gut, Grosskonzerne sind böse ist fürs Campaigning hüben wie drüben eine gute Formel. Im realen Leben scheint es mir zu einfach. Die Verklärung des Patrons alter Schule, die auch es auch in unseren Reihen gibt, ist zu einem gewissen Grad ahistorisch. Denn gute Arbeits- und Lebensbedingungen wurden nie von den Chefs geschenkt, sondern immer von den Arbeitenden erstritten.

Man sollte grundsätzlich die Unternehmen an ihren Taten und Werten messen und nicht an der Grösse. Denn: Entscheidend ist immer noch, was hinten rauskommt, wie Helmut Kohl einst gesagt hat. Das gilt für Unternehmen wie für den Staat.

Min Li Marti

Wer hat noch Angst vor der AL?

Anlässlich der Stadt- und Gemeinderatswahlen am 13. Februar lud die AL vergangenen Mitwoch zur Pressekonferenz. Es gilt, den Sitz im Stadtrat zu verteidigen, die Gemeinderatsbesetzung in alle Wahlkreise auszubauen und generell – wenn nötig – weiterhin den Stachel auszufahren.

Sergio Scagliola

Es könnte fast wie eine doppelte Stabsübergabe wirken. Aber Gemeinderätin Natalie Eberle will bleiben. Zu Fraktionspräsident Andreas Kirsteins Linken sind die Kandidierenden, Tanja Maag für den Gemeinderat und natürlich Walter Angst. Selbstsicher geben sich die VertreterInnen der AL an dieser Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch. Ziel: Die Erhaltung des AL-Stadtratssitzes. Es soll schliesslich eine sehr profilierte Figur der Stadtzürcher Politik in die Fussstapfen treten, die Stadtrat Richard Wolff nach acht Jahren Amtszeit hinterlässt. Als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission und als prominente politische Figur in Belangen Stadtentwicklung und Wohnbaupolitik stellt die AL mit Walter Angst einen Kandidaten, der das resolute Setzen der nötigen Nadelstiche längst innehat. So verspricht auch das Motto «gradlinig, unbequem, links» eine Politik, die es sich nicht zu schade ist, in die «rot-grüne Wohlfühl-Genehmigungs-Zeremonie» einzugreifen. Um dies auch flächendeckend zu tun, erhofft man sich die letzten Gemeinderatssitze in Stadtkreisen ohne AL-Vertretung – zwei fehlen noch.

Angst macht verantwortlich

Bezüglich Flächendeckendem führte Walter Angst genauer aus: Erst letzte Woche hatte er die Initiative für mehr bezahlbare Alterswohnungen miteingereicht. Und auch am Mittwoch visualisierte der Stadtratskandidat verschiedene Facetten der Wohnbaupolitik – wo die Stadt an Einfluss verliere, wie der Hochbau eine bedeutende Menge an Emissionen einsparen müsse und wer durch die Folgen der Privatisierung verdrängt werde. Eine Stadt ohne bedeutenden Einfluss auf den Städtebau sitze stets am kürzeren Hebel. Um die Gentrifizierung im Zaum zu halten, sei eine gewisse Verhandlungsmacht nötig.

Die Ziele der AL in Bildungs- und Gesundheitswesen wurden von Gemeinderätin Natalie Eberle und der für den Gemeinderat kandidierenden Tanja Maag genauer ausgeführt. Im Hinblick auf die diesjährige Abstimmung zur flächendeckenden Umwandlung von Schulen zu Tagesschulen sei eine grundlegende Reflexion über das Schulwesen dringend nötig. Die grösste Herausforderung dabei: die systematische Zusammenführung von Schule und Betreuung sowie die Sicherstellung fairer und mit dem Schulpersonal abgestimmten Arbeitszeiten und -bedingungen. Auch im Gesundheitswesen stehen faire Arbeitsbedingungen für Fachpersonal im Fokus der AL. Verbindliche Verbesserungen anstelle eines Corona-Trostpreises fordert Tanja Maag: «Systemrelevanz und nicht Marktrelevanz soll belohnt werden.»

Keine Opposition um Oppositions willen

Auch wenn sich die AL gewissermassen als Stachel im stadtpolitischen Prozess versteht, steht die Intervention, Korrektur oder Opposition keineswegs im Zentrum. «Selbst als Stachel muss man Wirksamkeit erzielen und wenn man irgendwo in eine dicke Fettschicht sticht, bringt das auch nicht viel», meinte Fraktionspräsident Andreas Kirstein. Schliesslich sehe sich die Partei in erster Linie als verlässliche Partnerin der SP und Grünen.

«Die Legislatur hat die Notwendigkeit der AL-Vertretung im politischen Zürich bestätigt», so der abtretende Stadtrat Richard Wolff. Die Partei könne auf starke Programme zurückblicken, die es immer wieder dank guter Zusammenarbeit seitens Stadt und AL geschafft haben. Thematisch steht bei der AL nach wie vor das Bestreben nach Solidarität und die Sicherung von Grundrechten an erster Stelle, wobei sich die Partei in einer Fürsprecherrolle für die Interessen marginalisierter Bevölkerungsgruppen sieht. Weiter lancierte die Partei in den letzten Jahren Initiativen für faire Steuern und einen angemessenen Mindeststundenlohn, auch Gebührensenkungen sind ein wichtiger Punkt der AL-Politik. Zuletzt engagiert sich die AL ganz allgemein für einen starken Service public – Gesundheitsversorgung, Bildung und Kultur für alle.

Der Wahlkampf ist also losgetreten: Ob die StimmbürgerInnen die AL, die immerhin seit mehr als 30 Jahren im Gemeinderat vertreten ist, so stachlig und unbequem beurteilt wie die AL sich selbst, wird sich in einem Monat zeigen.

CARTOON BY ROMAN PRELICZ

Libanon

Gerade war der Libanon wieder in den Medien: Aufgrund eines totalen Stromausfalles im ganzen Land. Bezeichnend ist, dass dies in libanesischen Medien kaum erwähnt wurde – es gehört derart zum Alltag. Besonders extrem war es im letzten Sommer, als viele Haushalte keinen Strom mehr hatten, oder nur zwei bis drei Stunden täglich. Auch Benzin war kaum verfügbar, Medikamente fehlten überall und sogar Brot – das Hauptnahrungsmittel – wurde knapp.

Auch Benzin war kaum verfügbar, Medikamente fehlten überall und sogar Brot – das Hauptnahrungsmittel – wurde knapp.

Auf den ersten Blick hat sich seit dem Sommer einiges verbessert: So sieht man kaum mehr Schlangen an den Tankstellen, an vielen Orten gibt es nur noch die ‹normalen› Stromausfälle von drei Stunden pro Tag.

Doch auf den zweiten Blick erkennt man, dass die Verbesserung der Situation mit einer massiven Verteuerung einherging – dass sich also noch grössere Gräben bilden zwischen arm und reich.

Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation gibt es kaum: Viele Menschen verlassen das Land – denn es gibt kaum mehr Perspektiven. Läden und Restaurants schliessen, Arbeitsplätze gehen verloren, die libanesische Lira ist im freien Fall. Und die Regierung tut nichts, weil sie sich auf nichts einigen kann, ausser darauf, dass das Geld und die Privilegien der politischen Elite wichtiger sind als ein funktionierender Staat.

Die meisten Leute glauben nicht einmal mehr daran, dass die Wahlen im nächsten Frühling etwas ändern werden. Wird sich die Lage stabilisieren? Wird es zu einem Bürgerkrieg kommen? Wird sich das Land in Einzelteile auflösen oder annektiert werden? Dies sind alles Szenarien, die den Leuten im Libanon glaubhaft erscheinen. Die Zukunft wird's zeigen – rosig wird sie allemal nicht.

Die Zukunft wird's zeigen – rosig wird sie allemal nicht.

Wanda Siegfried,
Co-Präsidentin
Juso Stadt Zürich

Zusammen oder gar nicht

Ich kann streiten. Ich kann auch sehr dezidiert und bis zur letzten Sekunde eine Meinung vertreten und dann trotzdem einen guten Kompromiss mittragen. Ich kann anderen Menschen Erfolge zugestehen. Ja, mich sogar für und mit ihnen freuen. Ich kann aber auch mal über eine politische Bruchlandung anderer lachen. All dies sind in meinen Augen wichtige Fähigkeiten, die wir Menschen vorweisen sollten, wenn wir politisch aktiv sind. Leider ist dies nicht immer der Fall. Es wird immer schlechter gestritten, Mensch sagt immer weniger die Wahrheit und es ist für viele sichtbar schwierig geworden, politischen Gegner- oder MitstreiterInnen einen Erfolg zuzugestehen. Ich finde das eine problematische Entwicklung.

Ich glaube einfach, Rot und Grün könnten in dieser Stadt noch viel mehr erreichen, als dass sie es jetzt schon tun. Wir könnten mehr, wir könnten besser.

Wieso ich all das schreibe? Weil ich glaube, dass diese Fähigkeiten die Grundlagen für eine gute Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Parteien und politischen Gruppen sind. Damit will ich nicht sagen, dass alle mit allen ins Bett müssen. Vielmehr geht es mir um die Zusammenarbeit zwischen Rot und Grün (oder Grün und Rot). Warum? Weil Rot/Grün die Zukunft ist. Und ich will Zukunft. Doch damit wir diese auch bekommen und sie für alle gut ist, müssen wir besser zusammen funktionieren! Weniger unnötiges Geläster, weniger politisches PR, weniger «Mimi, die anderen haben» und dafür mehr strategische Aufgabenteilung, gegenseitiges Unterstützen und auch mehr Lob. Dabei nehme ich mich selbst nicht raus und möchte auch niemanden angreifen. Ich glaube einfach, Rot und Grün könnten in dieser Stadt noch viel mehr erreichen, als dass sie es jetzt schon tun. Wir könnten mehr, wir könnten besser.

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt. Wenn ich bei der SP oder den Grünen höre, «wenn wir acht KandidatInnen für die Regierung aufstellen, haben wir einen zu hohen Machtanspruch», dann frage ich mich, wofür wir eigentlich kämpfen. Wenn in einer von 2148 politischen Gemeinden in diesem Land eine überwiegende linke Mehrheit besteht, ist das im Vergleich zu den unzähligen anderen Gemeinden, wo das exakte Gegenteil besteht, doch echt kein Problem!? Oder wer glaubt, dass sich auch nur ein Bürgerlicher/eine Bürgerliche diesen Gedanken machen würde?

Also – reissen wir uns zusammen und kämpfen für eine linke Mehrheit in Stadt- und Gemeinderat. Egal wie klar sie ist, freuen wir uns über jeden linken Sitz – denn jeder linke Sitz macht diese Stadt ein Bisschen besser.

Am 13. Februar gilt es also, in beiden Räten unsere linke Mehrheit zu stärken. Auszubauen. Die Stadt Zürich besser zu machen. Für alle.

Dominik Waser, Grüne,
Stadtratskandidat

Schwindende Medienvielfalt bedeutet blinde Flecken überall

Wie in der Schweiz debattiert die Politik auch in den Vereinigten Staaten über staatliche Subventionierung von Medien. Simon Muster sprach mit Professor Christopher R. Martin über journalistische Unabhängigkeit, mögliche Formen der Medienförderung und darüber, wie die strategischen Entscheidungen der Medienhäuser die Arbeit der JournalistInnen beeinflussen.

Christopher R. Martin ist Professor für digitalen Journalismus in der Abteilung für Kommunikation und Medien an der University of Northern Iowa in Cedar Falls, Iowa. Sein neustes Buch erschien 2019 unter dem Titel «No Longer Newsworthy: How the mainstream-media abandoned the working-class».

Herr Martin, der Untertitel Ihres Buchs ist «Wie die Mainstream-Medien die Arbeiterklasse im Stich liess». Was genau verstehen Sie unter dem Begriff Mainstream-Medien?

Christopher R. Martin: Unter dem Begriff verstehe ich Medienhäuser, die sich an ein möglichst grosses Publikum richten, die also ihren Inhalt auf eine breite Öffentlichkeit ausrichten.

Der Begriff wird aber auch immer wieder von der politischen Rechten instrumentalisiert, um JournalistInnen zu diskreditieren…

Das stimmt! Und es passiert auch hier in den Vereinigten Staaten. Ich unterscheide deswegen auch zwischen Mainstream-Meden und konsverative Medien. Erstere verschreiben sich keiner politischen Seite und berichten meistens aus einer politischen Mitte, damit sie einen möglichst grossen Teil der Gesellschaft erreichen. Konservative Medien hingegen verfolgen in den Vereinigten Staaten ein klares politisches Ziel. Das haben nicht zuletzt die neusten Enthüllungen gezeigt, die beweisen, dass ModeratorInnen von ‹Fox News›, dem konservativen US-amerikanischen Nachrichtensender, regelmässig mit BeraterInnen des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump in Kontakt standen.

In Ihrem Buch beschreiben Sie bei den grossen Zeitungen in den Vereinigten Staaten eine finanziell motivierte Verschiebung des Inhaltes, der in den späten 1950er-Jahren beginnt.

Bis in die späten 1960er-Jahre waren die meisten Zeitungen im Besitz von Familien. Sie richteten sich an eine breite Masse. Die Idee dahinter war: Je mehr Personen erreicht werden, desto mehr kaufen auch die Zeitung. Mit den Börsengängen der Verlage begannen sich deren Prioritäten zu verschieben. Um die Einnahmen zu maximieren und den AktionärInnen gerecht zu werden, fokussierten sie sich auf ein gehobeneres Publikum. In meinen Recherchen stiess ich auf unzählige Inserate in Branchenmagazinen aus den 1960er- und 1970er-Jahren, in denen Zeitungen ihre kaufkräftigen LeserInnen an Werbekunden verkauften. Zeitungen wurden plötzlich von Massenmedien zu Klassenmedien, mit einem Fokus auf die Mittelschicht.

Und gaben so – wie Ihr Buchtitel suggeriert – die Arbeiterklasse auf?

Ja. In dieser Zeit können wir einen Anstieg von Unternehmensjournalismus und Kolumnen zu persönlichen Finanzentscheiden feststellen, während die Berichterstattung über Arbeitsrechte, Gewerkschaften und Machtunterschiede immer mehr in den Hintergrund rücken. Die Zeitungen sprachen ihre LeserInnen vermehrt nicht mehr als BürgerInnen in einer lebendigen Demokratie, sondern als KonsumentInnen mit prallem Portemonnaie an. Und das veränderte auch die verwendeten Narrative.

In diesen Zeitraum, in dem die Mainstream-Medien die Arbeiterklasse aufgegeben haben, fällt auch der Aufstieg der konservativen Medien in den Vereinigten Staaten.

Haben Sie dazu ein Beispiel?

Ja, zwei Streiks von ArbeiterInnen der öffentlichen Verkehrsbetriebe in New York stehen exemplarisch für die veränderte Berichterstattung. Beim Streik in den 1940er-Jahren waren 900 000 Passagiere betroffen. Der Hauptteil der Berichterstattung konzentrierte sich auf die Forderung der ArbeiterInnen, auch weil damals die Überzeugung vorherrschte, dass ein erfolgreicher Streik immer allen ArbeiterInnen weiterhilft. Als aber bei einem viel kleineren Streik in den 1980er-Jahren gerade einmal 90 000 Passagiere betroffen waren, finden sich fast nur Artikel, die die negativen Einflüsse des Streiks auf die PendlerInnen aus den wohlhabenden New Yorker Vororten hervorhoben.

In diesen Zeitraum, in dem die Mainstream-Medien die Arbeiterklasse aufgegeben haben, fällt auch der Aufstieg der konservativen Medien in den Vereinigten Staaten. Sie wussten einen Teil der Arbeiterklasse – insbesondere weisse Männer – mit kulturellen Themen wie Abtreibungen oder dem vermeintlichen Krieg gegen Weihnachten abzuholen. Andere Teile der Arbeiterklasse – people of color, Frauen – hatten hingegen keine öffentliche Stimme mehr, was für eine funktionierende Demokratie ein grosses Problem ist.

Ist es nicht aber auch ein Problem, dass von JournalistInnen vermehrt ein akademischer Abschluss verlangt wird und somit Personen aus der Arbeiterklasse untervertreten sind?

Das hat sicher was, ja, wobei ich als Journalismusprofessor natürlich Leute dazu motivieren möchte, einen Abschluss zu machen (lacht). Aber ernsthaft: Viel wichtiger als der sozio-ökonomische Hintergrund der JournalistInnen ist, welche Zielgruppe eine Zeitung ansprechen möchte. JournalistInnen kennen ihre LeserInnen, und wenn sie Arbeiterinnen und Gewerkschaftsmitglieder nicht dazu zählen, hat das auch einen Einfluss auf die Berichterstattung. Aktuell zeichnet sich aber ein spannender Trend in den Vereinigten Staaten ab: Immer mehr JournalistInnen organisieren sich selbst in Gewerkschaften, etwa bei der ‹Chicago Tribune›. Sie realisieren gerade selbst, wie wichtig Gewerkschaften sind.

Ein weiteres Problem für die Demokratie ist der Niedergang von Lokalzeitungen. Die Vereinigten Staaten weisen der Schweiz eine düstere Zukunft: Seit 2004 sind über 2100 Zeitungen eingegangen. Wie in der Schweiz läuft aktuell auch in den Vereinigten Staaten eine Debatte zur Medienförderung. Die Biden-Regierung möchte Lokalzeitungen, die JournalistInnen anstellen, indirekt mit Erleichterungen bei den Lohnsteuern subventionieren. Eine gute Idee?

Die Vereinigten Staaten kennen die indirekte Presseförderung seit dem «Postal Ser-

Christopher R. Martin ist Professor für digitalen Journalismus an der University of Northern Iowa in Cedar Falls, USA. zVg

vice Act» von 1792. Seitdem erhalten Zeitungen, wie in der Schweiz, eine Ermässigung auf die Postzustellung, und zwar allein aufgrund formaler Kriterien. Der Staat kann also keine unliebsame Zeitung von der Subvention ausschliessen. Der jetzt im Senat diskutierte Vorschlag ist Teil einer grösseren Gesetzesvorlage. Er basiert auf den Kurzarbeitsentschädigungen, mit denen der Staat den Zeitungen während der Pandemie unter die Arme gegriffen hat. Es gibt verschiedene Arten, wie der Staat Medien subventionieren kann, aber eines ist klar: Der Verlust von immer mehr Lokalzeitungen führt zu fehlender Kontrolle von Regierungen auf lokaler Ebene, zu weniger Berichterstattung über ArbeiterInnen und Gewerkschaften sowie zu einem Vakuum, das durch Fake-News in den sozialen Medien gefüllt wird. Ausserdem führt es dazu, dass lokale Themen durch nationale politische Debatten überschattet werden.

Der Verlust von immer mehr Lokalzeitungen führt zu fehlender Kontrolle von Regierungen auf lokaler Ebene und zu einem Vakuum, das durch Fake-News in den sozialen Medien gefüllt wird.

Sowohl RepublikanerInnen als auch rechte PolitikerInnen in der Schweiz fürchten jedoch, dass die Medienförderung zu einem Verlust der journalistischen Unabhängigkeit führt.

Das Wichtige ist doch, wie die Medienförderung ausgestaltet ist. Ich habe zum Beispiel 2020 in einem Meinungsbeitrag vorgeschlagen, dass der Staat die Postzustellung von Zeitungen komplett subventionieren sollte. Grosse Medienhäuser wie etwa die ‹New York Times› schaffen die digitale Transformation gut, aber für Lokalzeitungen wird die gedruckte Zeitung noch länger zentral bleiben. Ihnen würde der komplette Erlass der Postgebühren Zeit und Luft für die Umgestaltung ihres Angebots geben. Andere, wie etwa der Aktivist und Professor für Kommunikation Robert W. McChesney schlagen vor, dass der Staat den BürgerInnen sogenannte Nachrichten-Gutscheine gibt, mit denen sie im Wert von 200 Dollar gemeinnützige Medienunternehmen ihrer Wahl unterstützen können.

Was ich am Schweizer Medienpaket gut finde, ist die Beschränkung der direkten Medienförderung für Onlinemedien auf sieben Jahre. So wird ausgeschlossen, dass die Politik gewisse Medien für unliebsame Berichterstattung bestrafen kann. Solange die Verteilung der Subventionen auf formalen und nicht auf inhaltlichen Kriterien passiert, sehe ich kein Problem.

Wie aber müssen wir über dem Verlust von Unabhängigkeit denken, wenn ein Grossteil der Zeitungen in den Händen immer weniger Medienkonzerne liegt?

Das ist eine gute Frage. Wenn wir über Unabhängigkeit sprechen, reden wir meistens davon, dass Medien unabhängig von staatliche Eingriffen berichten können. Tatsächlich gibt es aber auch Zensur, die von den Medienkonzernen selbst ausgeht. So berichten Zeitungen nicht gern kritisch über ihre grössten Werbekunden. Und wenn ihre Belegschaft streikt oder sich in einer Gewerkschaft organisieren möchte, sprechen sie auch lieber über andere Themen.

Herr Martin, Sie sind Professor für digitale Medien. Eine einfache Frage zum Schluss: Wie kann man mit Onlinejournalismus Geld verdienen?

Leider habe ich auch keine abschliessende Antwort. Was klar ist: Die Inserateeinnahmen sind weiter am Schwinden, als Finanzierungsmodell eignet sich der Werbemarkt immer weniger. Zwar sind die Kosten für ein reines Onlinemedium ein bisschen tiefer, aber der grösste Ausgabenposten – die JournalistInnen – bleibt bestehen. Viele Medien setzen wieder vermehrt auf AbonnentInnen. Das Problem dabei ist, dass Onlinemedien längst nicht mehr nur mit anderen journalistischen Medien um Gelder kämpfen, sondern auch mit anderen Unterhaltungsprodukten wie Netflix oder Podcasts. Jeder Haushalt hat eine finanzielle Limite, wie viel er für Abos ausgeben kann. Eine Strategie, wie die verlorenen Werbeeinnahmen an Onlinemedien zurückverteilt werden können, verfolgt Australien. Dort müssen Facebook und Google ihre Werbeeinnahmen mit Medien teilen, weil deren Artikel einen grossen Teil der Inhalte auf den sozialen Medien ausmachen.

Im Allgemeinen empfehle ich VerlegerInnen, die in finanzieller Not stecken, dass sie sich wieder als Massenmedium verstehen sollen: Schreibt über die Themen, die die Menschen vor Ort beschäftigen, damit sie sich mit der Zeitung identifizieren. Das bedeutet aber auch, dass der einseitige Fokus auf die Mittelklasse verschwinden muss und vermehrt die Probleme aller BürgerInnen ins Zentrum rücken müssen. Und das umfasst auch Berichterstattung über Arbeiterkämpfe und Gewerkschaften.

Transparenz: P.S. erhält heute bereits indirekte Presseförderung. Wenn das Medienpaket am 13. Februar angenommen wird, erhöht sich diese auch für P.S. Von der neuen Onlineförderung würde P.S. hingegen Stand heute nicht profitieren.

Millionen zu Millionen

Im Februar entscheidet das Schweizervolk, ob den millionenschweren Medienkonzernen mit vielen Millionen Steuerfranken unter die Arme gegriffen werden soll. Die kleinen Medienunternehmen sollen auch ein paar Fränkli bekommen.

Hartmuth Attenhofer

Zeitungen werden nicht mehr auf der Rückseite von Inseraten gedruckt, weil die Werbung in die elektronischen Medien abfliesst. Jahrelang hat der Print über die elektronischen Medien geschnödet, die Informationsbedürfnisse verkannt und die Entwicklung verschlafen. Jetzt jammern die Zeitungen und wollen Geld vom Staat. Vom Staat? Vom steuerzahlenden Volk natürlich.

Die eidgenössischen Räte haben ein Paket von sieben Mal 150 Millionen Franken geschnürt, also insgesamt eine gute Milliarde. Damit soll die Unabhängigkeit der Zeitungen gewährt werden, heisst es. Welche Unabhängigkeit? Jene des ‹Tages-Anzeigers›, dessen Auslandteil grösstenteils aus München von der ‹Süddeutschen Zeitung› kommt, die auch allerlei Texte für die anderen Ressorts liefert? Ist das die «unabhängige Schweizer Tageszeitung», wie auf dem ‹Tagi›-Titelblatt täglich behauptet wird? Wirklich? Zeitungen seien wichtig für die politische Meinungsbildung, sagt man uns. Was für eine Meinungsbildung? Jene im ‹Blick› etwa, wo man Tipps bekommt, wie man ein Kinderzimmer aufräumt? Also bitte!

Wer das Sagen hat, bekommt

Die Medienhäuser NZZ, Ringier, Tamedia und Wanner decken mit ihren rund 50 (Bezahl-)Printprodukten fast 70 Prozent des Marktes ab. Folglich soll ihnen mit der ganz grossen Kelle angerichtet werden. TX Group (Tamedia), Ringier und Mobiliar zum Beispiel haben im Sommer 2021 ein Joint Venture geschaffen, das ihnen an der Börse massive Gewinnsteigerungen bescherte. Sie nagen nicht am Hungertuch.

Die vier grössten Verlagshäuser der Schweiz (CH-Media, NZZ-Gruppe, Ringier, TX-Group) scheffelten 2020 trotz Corona einen operativen Gewinn von sage und schreibe 280 Millionen Franken. Für sie ist es folgerichtig, dass sie kraft ihrer finanziellen Potenz und ihrer medialen Präsenz in diesem Lande etwas zu sagen haben. Und das Sagen heisst jetzt schlicht «Geld her!» Millionen zu Millionen.

Schon bei der «No-Billag»-Debatte, als es um die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren ging, und «Demokratie» und «politische Bildung» ebenso bemüht wurden wie jetzt wieder, konnte man die Kriechgänge mancher Politikerinnen und Politiker beobachten. Präsenz in Radio und Fernsehen ist das A und das O einer Wiederwahl. Und das gilt selbstverständlich auch für die Präsenz in den Zeitungen und deren Portalen. Darum hat ‹die Politik› heute alles Interesse daran, dass den Printmedien eine Milliarde Franken dargebracht wird. Die Politik? Was für eine Politik? Gemeint ist natürlich nicht die Politik, sondern die Politikerinnen und Politiker, die wiedergewählt werden möchten.

Das kleine «bisschen»

Gewiss, schon seit 1849 werden Zeitungen subventioniert. Sie erhalten Beiträge für die Versandkosten, indem die Porti der Post für Printprodukte stark verbilligt sind. Jetzt, so heisst es, bekämen die Verlage einfach «ein bisschen mehr».

Das «bisschen», wie gesagt, ist eine Milliarde Franken teuer. Um kritische Fragen abzublocken, hat man zu einem gemeinen Trick gegriffen. Die Milliarde wird nicht simpel an die Verlagshäuser ausgeschüttet, sondern an die Post beziehungsweise die Verteilorganisationen ausbezahlt. Diese Verteiler stellen die Rechnung nicht den Verlagen, sondern dem Bund. Die Buchhaltung der Verlage wird damit aufgebessert, es entstehen sogenannte Opportunitätsgewinne. Es kommt nicht Geld herein, sondern man muss es nicht ausgeben, hat aber trotzdem eine Leistung erhalten. Das ist Simsalabim-Tresorerie, oder eine andere Form von Geldwäscherei.

Das Pro-Komitee meldet freudig, es hätten sich 67 Medienunternehmerinnen und -Unternehmer fürs Komitee gemeldet. Wen wundert das? Wo Geld verteilt wird, stellt man sich gerne an, vor allem, wenn keine Gegenleistung verlangt wird. Die Medienunternehmen sind also für den Geldsegen. Das ist moralisch nicht verwerflich, zumal ihnen das Geld ja nachgeworfen werden soll und sie es nur noch aufheben müssen.

Etwas anders sieht es bei den Redaktionen aus. Leider liest man praktisch nichts darüber, wie sich die Journalisten und Journalistinnen zum Medienpaket stellen, kontraschreiben dürfen sie nicht, pro-schreiben genieren sie sich. Mit einer grossen Ausnahme: In den Redaktionsstuben an der Falkenstrasse regt sich Widerstand. Revolution bei der NZZ! Unerhört! Skandal! Die NZZ-Redaktion lehnt das Medienpaket ab und stellt sich somit klar gegen den NZZ-Verlag. Chapeau!

Der Journalismus hat nichts davon

Die ausgeschütteten Gelder bemessen sich an der Auflagenzahl. Die grossen Verlagshäuser werden also grosszügig bedacht, während den kleinen und kleinsten Verlagen die Brosamen bleiben. Schiebt man nun die Brösmeli über die Jahre sorgfältig zusammen, kann man damit hin und wieder eine grössere Recherche finanzieren und damit die Leseschaft erfreuen. Und Michael Ringier kann sich mit den eingesparten Versandkosten den neuen V12 Vantage von Aston Martin kaufen, die Wanners können ihr Schloss renovieren und die Familie Coninx/Suppino legt sich vielleicht eine Gemäldesammlung zu, die wir dann in 70 Jahren im fünften Kunsthaus-Anbau besichtigen dürfen.

Was ist der Vorlage «Medienpaket», worüber am 13. Februar 2022 abgestimmt wird, abzugewinnen? Nichts. Denn sie verteilt eine Milliarde Steuerfranken von oben nach unten. Oben üppig, unten mager. Die reichen Medienhäuser bekommen viel Geld, die kleinen Verlage bekommen wenig Geld. So ist das halt im Kapitalismus. Nichts Neues also. Fragt sich bloss, ob man das unterstützen soll.

«Das ganz grosse Geld geht letztlich in die Schatullen der Grossverlage.»

Hartmuth Attenhofer

Bleibt noch die Frage, ob man das Medienpaket reziprok hätte aufstellen sollen, um ihm etwas abzugewinnen. Das grosse Geld für die kleinen Verlage und der kleine Rest für die grossen Medienhäuser. Konkret: jährlich 10000 Franken für den ‹Tages-Anzeiger› und 500000 Franken für P.S.

Würde Verlegerin Min Li Marti dann im Glitzerfummel mit dem Rolls Royce vorfahren und Koni Loepfe in edelstem Lederzeug auf einer getunten Harley-Davidson? Nein, würden sie nicht. Sie würden Journalismus machen. Und zwar solchen, den man bei den grossen Medienkonzernen nicht bekommt.

Ohne Medien keine Demokratie

Journalismus und Medienvielfalt sind heute unter Druck. Das ist problematisch für die Demokratie. Das Medienpaket ist ein ausgewogener Kompromiss, der dazu dient, eine unabhängige Berichterstattung in allen Regionen zu erhalten.

Jon Pult*

Für unsere Demokratie ist unabhängige Berichterstattung in allen Regionen überlebenswichtig. Darum müssen wir die Medien unterstützen, wenn sie sich allein nicht mehr finanzieren können. Denn Journalismus kann man nicht einfach wie andere Tätigkeiten in Billiglohnländer verschieben. Nicht umsonst nennt man die Medien auch «vierte Staatsgewalt».

Regionale Medien sind systemrelevant

Klar, um über das Weltgeschehen informiert zu sein, bräuchten wir nicht mehr viele Schweizer Medien. Internationale Titel und globale News-Portale, die wir praktisch über das Internet abrufen können, decken unseren Informationsbedarf ab. Aber um lokale, kantonale oder nationale Informationen zu erhalten und um die Zusammenhänge unseres Landes und unseres unmittelbaren Lebensumfelds zu verstehen, brauchen wir Redaktionen und Publikationen vor Ort – und zwar flächendeckend.

Ein wichtiger Teil dieses medialen Service public deckt die SRG ab. Zusätzlich braucht es aber auch private Medienhäuser, die aus unterschiedlichen Warten die Bevölkerung über das lokale Leben informieren und sie für wichtige Debatten rüsten. Für ein viersprachiges, föderalistisches und direktdemokratisches Land wie die Schweiz sind neben der SRG gerade regionale Medien schlicht systemrelevant.

Journalismus in der Krise

Heute leiden der Journalismus und die Medienvielfalt auch in unserem Land erheblich. Rund 70 Zeitungstitel sind schon verschwunden, die verbleibenden Zeitungen werden dünner, die Redaktionen werden kleiner und immer mehr Titel und Sender kämpfen ums Überleben. Der Hauptgrund sind die wegfallenden Werbeeinnahmen, mit denen sich der Journalismus bisher finanzierte. In rund zehn Jahren haben sich die Werbeeinnahmen der Schweizer Medien mehr als halbiert!

Dieser Rückgang liegt nicht etwa daran, dass heute weniger Werbung geschaltet würde. Im Gegenteil. Die Werbegelder fliessen reichlich, einfach zu einem wachsenden Teil nach Kalifornien zu den Tech-Giganten wie Google und Facebook. Das Kuchenstück für die Schweizer Medien wird hingegen immer kleiner. Die gefährliche Folge dieses Strukturwandels ist Medienkonzentration beim Inhalt, aber auch bei den Besitzverhältnissen. Beides ist schädlich für die Demokratie und schreitet auch in der Schweiz voran. Natürlich: In Nischen entstehen neue, ermutigende Online-Projekte. Doch insgesamt ist der Trend negativ.

Rechtspopulisten als Krisengewinnler

Von der Medienkrise versuchen in vielen Ländern Rechtspopulisten zu profitieren, indem sie oder ihre Financiers Medien aufkaufen, die sie dann als Propagandainstrumente einsetzen. In der Schweiz stecken diese Kreise auch hinter dem Referendum gegen das Massnahmenpaket zugunsten der Medien, das am 13. Februar zur Abstimmung kommt. Die ‹Weltwoche›, der ‹Nebelspalter› und das Gratismedien-Imperium von Christoph Blocher könnten also nur der Vorgeschmack sein, wenn die Bevölkerung nicht Gegensteuer gibt.

Das Medienpaket hilft

Das Parlament hat das ausgewogene Medienpaket von Bundesrätin Simonetta Sommaruga über ein Jahr lang beraten. Es brauchte unzählige Kommissionssitzungen, eine Rückweisung der Vorlage an die Kommission durch den Nationalrat, drei Differenzbereinigungen zwischen den Räten und eine Einigungskonferenz, bis wir nach vielen Tricks und Kompromissen am Ziel waren. Zur Abstimmung stehen folgende Massnahmen:

- Erhöhung der Unterstützung für Nachrichtenagenturen, mediale IT-Projekte, Branchenorganisationen (Presserat etc.) sowie Aus- und Weiterbildung für JournalistInnen um 23 Millionen auf insgesamt 28 Millionen Franken. Diese unbefristete Erhöhung der Fördermittel für alle Medien stammt aus der Radio- und Fernsehabgabe und belastet die Bundeskasse nicht.

- Erhöhung der Unterstützung für private Radio- und TV-Stationen um jährlich maximal 28 Millionen auf insgesamt maximal 109 Millionen Franken. Diese Erhöhung der Förderung ist ebenfalls unbefristet und stammt ebenso aus der Radio- und Fernsehabgabe.

- Erhöhung der Vergünstigung der Postzustellung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften von heute 30 auf neu 50 Millionen Franken sowie der Vereins- und Stiftungspresse von heute 20 auf 30 Millionen Franken pro Jahr. Neu wird auch eine jährliche Vergünstigung der Früh- und Sonntagszustellung von Zeitungen im Umfang von 40 Millionen Franken eingeführt. Insgesamt erhöhen sich die Ausgaben dieser seit 1849 bestehenden indirekten Presseförderung von heute 50 auf neu 120 Millionen Franken. Diese Erhöhung ist auf sieben Jahre befristet und wird aus der Bundeskasse bestritten.

- Neue Förderung von Online-Medien mit jährlich 30 Millionen Franken, wobei kleinere Online-Medien proportional deutlich stärker gefördert werden als grössere. Als Bemessungsgrundlage dienen die Einnahmen aus Abonnements, Mitgliedschaften, Tagespässen oder andere Beiträge der LeserInnen. Mit der Förderung ist wie bei der Zustellvergünstigung kein direkter Leistungsauftrag verbunden, was die Unabhängigkeit sichert. Auch diese neue Förderung ist auf sieben Jahre befristet und wird aus der Bundeskasse bestritten.

«All das ist dringend nötig, wenn wir verhindern wollen, dass die vierte Staatsgewalt erodiert oder den Rechtspopulisten in die Hände fällt.»

Jon Pult

All das ist dringend nötig, wenn wir verhindern wollen, dass die vierte Staatsgewalt erodiert oder den Rechtspopulisten in die Hände fällt. Und es ist dringend nötig, wenn wir wollen, dass die Bevölkerung auch in Zukunft unabhängige Zeitungen, Radios, TV-Stationen und Online-Portale hat, die über ihre Region, ihre Gemeinde, ihre Stadt berichten – und zwar auf Deutsch, en français, in italiano ed eir in rumantsch!

* Jon Pult ist Bündner SP-Nationalrat und Präsident der für Medienpolitik zuständigen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF).

IN KÜRZE

Ortoloco

Letztes Jahr konnten 270 Haushalte in Dietikon Lebensmittel beziehen, an deren Produktion sie tatkräftig beteiligt waren. Nach erfolgreicher Testphase gibt die Gemüsekooperative Ortoloco nun bekannt, dass der Biohof Fondli nahe der Kantonsgrenze zum Aargau, wo das Projekt lanciert wurde, nun vollständig übernommen werden konnte.

Die Planung einer nachhaltigen, lokalen Landwirtschaft erfordert eine Auseinandersetzung mit den bestehenden Modellen. Auf dem Biohof Fondli ist diesbezüglich die Frage nach dem Verhältnis zwischen KonsumentIn und Produktion ins Zentrum gerückt. So wird hier im Gegenzug für genossenschaftliche Mitarbeit ein regelmässiger Bezug von Bio-Lebensmitteln angeboten. Solidarische Landwirtschaft steht dabei im Zentrum – die in einem Abo-Modell Essen beziehende Genossenschaft wird in Anbau, Ernte, Verarbeitung, aber auch die gemeinschaftliche Hofkultur eingebunden. Und nun hält Ortoloco nach dem Pilotversuch fest: Das Konzept funktioniert. Eine lokale, sinnvolle Landwirtschaft, miteinbezogene KonsumentInnen und existenzsichernde Löhne für die auf dem Hof Beschäftigten können einen Bauernhof vollständig in einen Produktionsbetrieb nach Prinzip der solidarischen Landwirtschaft verwandeln.

So können auch 2022 verwunderte Passanten zwischen den Futtergetreidefeldern an blühenden Äckern mit diversen Gemüsekulturen stehenbleiben und sich zur Partizipation am Projekt bewegen lassen. Auf den Jahresbeginn hin sind die Abonnements nun wieder bei Ortoloco verfügbar. sca.

Brian

Nach drei Jahren Einzelhaft wird der im Hochsicherheitsgefängnis Pöschwies inhaftierte Brian in ein Untersuchungsgefängnis verlegt. Eine im November veröffentlichte Untersuchung der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter, eingeleitet von der Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr und nun gestützt von Justizdirektion, forderte den Abbruch der Isolation durch Einzelhaft und eine Verlegung. Nach über drei Jahren «Isolationsfolter» komme dieser Schritt deutlich zu spät, teilten seine Anwälte mit. Sie fordern die sofortige Haftentlassung von Brian. sca.

Zum Hinschied von Franz Cahannes

Franz Cahannes war ein politischer Mensch durch und durch. Sein leidenschaftliches Engagement galt bis zuletzt der Gewerkschaftsbewegung und der damit verbundenen Institutionen. Er war ein unermüdlicher Kämpfer für bessere Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen in diesem Land. Das Leitmotiv seines Wirkens war die soziale Frage.

Franz ist im romanischsprachigen Danis in der Gemeinde Breil-Brigels aufgewachsen und besuchte die Klosterschule in Disentis. Nach der Matura zog es ihn nach Zürich und er studierte Geschichte sowie deutsche Literatur. Er fand rasch Anschluss an die im Gefolge der 1968er-Bewegung politisch aktiven StudentInnen und teilte die Aufbruchstimmung. Er wird aktiv im Marxistischen Studentenverband (MSV) und Mitherausgeber dessen Publikationen. Sein Engagement führte Franz immer wieder in den Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen. So war er im Semester 1977/78 gewähltes Mitglied des Kleinen Studentenrates, just in jenem Zeitpunkt, als der Erziehungsdirektor Alfred Gilgen die nach links gerutschte Studentenschaft der Uni Zürich (SUZ) auf Betreiben bürgerlicher Studenten zerschlug. Die Aktivitäten von Franz richteten sich darauf, die Dienstleistungen der SUZ zu sichern und in selbstverwaltete Stiftungen umzuwandeln. So wurde auch die Grundlage für die WOZ gelegt. Danach galt es, den Verband Studierender (VSU) aufzubauen. In der studentenpolitischen Arbeit lernte Franz Gabi Einsele kennen, seine spätere Frau.

Als 1980 Zürich brannte, war Franz mitten drin. Er engagierte sich dafür, eine Gegenöffentlichkeit gegen das Klima der Repression, Diffamierung und Ausgrenzung zu schaffen. Gleichzeitig stellte er sich zusammen mit seinen MitstreiterInnen die Frage nach dem Verhältnis zwischen linken Parteien und der Jugendbewegung. Konstatiert wurden eine «Krise der Parteien» und ein grosser Diskussionsbedarf über die Organisationsstrukturen. Und so wurde als Diskussionsplattform die Theoriezeitschrift ‹Widerspruch› aus der Taufe gehoben. Franz gehörte als Gründungsmitglied dem Redaktionskollektiv an. Die offene Diskussionskultur der neuen Zeitschrift wurde nicht überall goutiert: Franz handelte sich den Ausschluss aus der PdA Zürich ein.

Nachdem Franz sein Lizenziat über den Landesgeneralstreik in Graubünden abgeschlossen hatte, startete er seine gewerkschaftliche Laufbahn. Er übernahm die Leitung der Zürcher Sektion der Gewerkschaft Bau und Holz (GBH). Franz verfolgte als junger linker Gewerkschafter konsequent das Ziel einer bewegten, basisdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, die auch kämpfen kann. Und so wurde er Kampagnenleiter gegen die geplante Feier zum 50-jährigen Jubiläum des Friedensabkommens. Angesichts der sich neu formierenden Arbeitskämpfe in der Schweiz forderte er einen differenzierten Umgang mit dem absoluten Arbeitsfrieden. Es gelang ihm der Coup, als der ‹Tages-Anzeiger› sich weigerte, ein Inserat des Komitees abzudrucken, ein so grosses Medienecho zu bewirken, dass am Ende selbst der ‹Tagi› darüber schreiben musste. Die so gesparten Insertionskosten konnte er dem südafrikanischen Gewerkschaftsbund Cosatu für den Kampf gegen die Apartheit spenden. Im Fusionsprozess der GBH und der GTCP zur Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) wurde Franz in die Geschäftsleitung gewählt, von 2000 bis 2004 war er Vizepräsident. Er betreute die Gebäudehüllenbranche (Dachdecker) sowie die ‹hölzigen› Berufe hingebungsvoll. Einer seiner grössten Erfolge war die Einführung des Vorruhestandsmodells in der Gebäudehüllenbranche, das er massgeblich mitentwickelt hatte. Anlässlich der Fusion der GBI mit dem SMUV zur Unia machte Franz jüngeren Kräften in der Geschäftsleitung Platz und übernahm die Co-Leitung des Sektors Gewerbe.

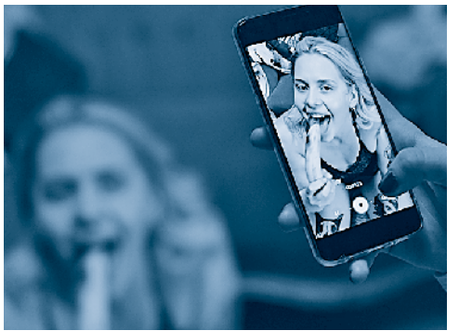
Näher kennengelernt habe ich Franz während seiner Zeit als Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich (GBKZ). Eine Zeit, an die wir uns beide gerne zurückerinnerten. Das Anliegen von Franz war es, den GBKZ aus dem Dornröschenschlaf zu erwecken: Bald erreichten wir wieder die Referendums- und Initiativfähigkeit und führten zahlreiche Kampagnen. Gleichzeitig sass Franz im Kantonsrat, während zehn Jahren vertrat er die SP 3/9. Im Rat war er als dossierfester, gewiefter und manchmal auch scharfzüngiger Redner von allen Fraktionen respektiert. Franz war in zahlreichen Gremien als gut vorbereitetes und kompetentes Mitglied geschätzt. Schritt für Schritt hat er in den letzten Jahren seine Mandate abgegeben und zugleich für eine geordnete Nachfolge gesorgt. Im Herbst gab er das Präsidium der geliebten Baugenossenschaft Bahoge ab. Bis zum Schluss war er Präsident des Volkshauses, der Genossenschaft Hobel sowie der «Anschläger».

Franz ist am Silvester kurz vor dem Jahreswechsel im Triemlispital friedlich eingeschlafen. Seine Frau und sein Sohn waren bis kurz vor Mitternacht bei ihm. Franz wurde siebzig Jahre alt. Er hinterlässt eine grosse Lücke. Seine strategische Weitsicht, sein politisch-analytisches Denken, sein gradliniger loyaler – der Sache verpflichteter – Charakter und sein enormes Fachwissen kombiniert mit einem phänomenalen Gedächtnis war beeindruckend. Vermissen werden wir auch seine feine menschliche Art und seinen Sinn für Humor. Franz war eine grosse Persönlichkeit.

In Gedanken sind wir bei seiner Familie.

Kaspar Bütikofer

Geheuchelt



«Pleasure» ist eine durchaus pornografisch gehaltene Farce über die Pornoindustrie, die sich als Moralkeule entpuppt.

Mit hochpathetischer Kirchenmusik untermalt Ninja Thyberg die Grossaufnahme einer Schamrasur unter der Dusche als Einstieg in einen verwirrend verlogen wirkenden Film. In der brutal kompetitiven Pornoindustrie zählen nur Zahlen: Followers, Downloads, Umsatz. Das schwedische Babyface Linnéa (Sofia Kappel) zieht als Bella nach Los Angeles, um ein solcher Star zu werden. Ahnung hat sie keine von gar nichts, lernt aber die Mechanismen, die sie die Karriereleiter emporspülen, im Tempo der Überfliegerin. Ellbogen raus und durch. Bella ist kaltblütig und bereit, jede Schmerz-, Scham- oder Loyalitätsgrenze zu überwinden, sofern es sie in den Pornoolymp katapultiert. Sie forciert. Positiv formuliert, erkennt sie die Schlupflöcher und Lücken, die ihren Aufstieg befeuern. Mit einer «double penetration» durch zwei afroamerikanische Männer signalisiert sie als Newcomerin, dass sie milieuhierarchisch zu Höherem berufen ist, was sie mit der Steigerung eines BDSM-Shootings nochmals verdeutlicht. Ziel ist es, von Spiegler unter Vertrag genommen zu werden, dem Starproduzenten schlechthin. Dafür klettert sie über alle auf dem Weg sich ihr in den Weg stellenden, sprichwörtlichen Leichen. Zuoberst angekommen, foutiert sie sich über das oberste Podesttreppchen und quittiert ihren Dienst. Der Weg dahin wird filmisch dramatisch und schmerzlich ausgekostet, keiner der erdenklichen Schocker (emotional, körperlich, karrieretechnisch) wird ausgelassen und die augenscheinlich frei nach einem Pornoplot inspirierte Handlung wirkt via die aufgesetzte Unterfütterung mit einem hochmoralischen Appell, der alles schonungslos offenherzig Gezeigte zeitgleich der – huch – Verwerflichkeit bezichtigt, wie eine verkappte Rechtfertigung, einen Pornostreifen im Kino platzieren zu können. Oder existieren tatsächlich denkende Mitmenschen, die im Ernst glauben, Sexarbeit wäre ein Kindergeburtstag? froh.

«Pleasure» spielt im Kino RiffRaff.

Opfer

Die Rache derer von Windsor? Prinzessin Diana kommt in Pablo Larrains Film «Spencer» überwiegend schlecht weg.

Kristen Steward spielt eine Frau am Ende. Offenbar sind es die Weihnachtsfeiertage, an denen Prinzessin Diana sich entschliesst, ihren Gatten Prinz Charles (vollends unterkühlt: Jack Farthing) und damit ihre vorgesehene Rolle als künftige Queen of England zu verlassen. Die Filmszenerie ist durchwegs zweischneidig: Eine ununterbrochene Musikspur suggeriert eine Getriebenheit, während Atmosphäre und Handlung im rituellen Korsett der Tradition festgezurrt erscheinen. Darin eine Frau, die ihren Heimweg nicht mehr findet, die sich der ihr zugedachten Zofe Maggie (Sally Hawkins) ungebührlich intim anvertraut und die sich an der Biographie von Anne Boleyn festkrallt, als ersehne sie deren Schicksal geradezu für sich selbst (sie wurde im 16. Jahrhundert als englische Königin wegen angeblichen Ehebruchs hingerichtet). Stark im Sinne von starrköpfigem Widerstand ist die Person Diana in diesem Film allein ex negativo. Sie kommt zu spät, lässt sich nicht wiegen, unterläuft alle höfischen und zeremoniellen Vorgaben. Hinter dem Trotz ist weniger eine aktive Rebellion als vielmehr eine pubertierende Kopflosigkeit zu sehen. In Anführungsstrichen wohl fühlt sie sich offenbar allein über die Kloschüssel gebeugt und in den gestohlenen Minuten der spielerischen Hingabe zu ihren Söhnen. Gewiss, die Atmosphäre ist frostiger als unterkühlt, das Regelwerk der Prinzessin aber seit mindestens zehn Jahren vertraut. Pablo Larrain zeichnet eine Frau, die eine Erlösung ersehnt und dabei auf eine Herbeiführung von aussen hofft. Also ritzt sie das Protokoll, zeigt sich nackt vor offenen Vorhängen, bringt die Bobbies mit ihrem nächtlichen Spaziergang in einen Loyalitätskonflikt. Sie kokettiert mit einer Opferhaltung, die sie nachgerade auszukosten scheint. Ein Opfer ihrer selbst, vollends neben der Spur und ohne jede Verbindung zur beherzten Kämpferin, die sie auch war. froh.

«Spencer» spielt in den Kinos Arena, Houdini, Kosmos, LeParis.

Halt suchen

Ryusuke Hamaguchi verhandelt die Sinnfrage von Onkel Wanja parallel zu den Theaterproben für ebendieses Stück.

Genau genommen stammt das Script für «Drive my car» aus einer Novelle von Haruki Murakami, aber im finalen Erkennen und den vielen emotionalen Umwegen dahin ähnelt die Hauptfigur Yusuke (Hidetoshi Hsihijima) Tschechows Gutsverwalter Onkel Wanja doch ungemein. Ob die Einförmigkeit eines Daseins von emotionalen Ausschlägen nach oben, also der Freude, oder nach unten, also der Trauer, durchbrochen wird, ist in der Wirkung auf die Gleichförmigkeit nur marginal verschieden. Durchbrochen heisst, verlockt, entzückt, irritiert, und der nicht freiwillige Weg zurück wird zum Halt, an dem es sich festklammern lässt. Weil die Hoffnung auf Visionen und alles Höhere mitsamt der Ausnahmeemotion zuerst erschienen und dann wieder verschwunden ist. Yusuke sträubt sich dagegen, Onkel Wanja zu inszenieren, während er in Erinnerung an seine geliebte Frau andauernd just die Tonbandkassette im Auto hört, worauf sie sämtliche Onkel Wanja ergänzende Rollen spricht, auf dass er diese verinnerlichen kann. Yusuke ist sich ihrer gewesenen Liebe nicht mehr sicher, also seiner eigenen Wahrnehmung. Weil sie ein Geheimnis mit ins Grab genommen hat, dessen Auflösung er sich vom Teeniestar Takatsuki (Masaki Okada) und zeitgleich letztem Geliebten Otos (Reika Kirishima) verspricht, sie aber nicht einfordert. Die Rolle der Sonja im Stück überträgt er einer gehörlosen koreanischen Schauspielerin, die sich als Gattin des Festivaldirektors heimlich auf die Castingliste geschlichen hat, während die Sonja der Filmrealität, also die symbolisch übersetzte also echte, seine Fahrerin Misaki (Toko Miura) ist, die wie er eine autosuggestive Schuld mit sich rumschleppt und darauf baut, mit strebsam bleibendem Erfüllungsfokus auf die simpelste aller möglichen Aufgaben, den Weg zurück zur Einförmigkeit eines Halt gebenden Trottes zurückkehren zu können. Der Weg dahin ist sichtlich filmreif. froh.

«Drive my car» spielt im Kino RiffRaff.

Drei heikle Hoffnungen

Eine neue industrielle Revolution rettet das Klima, mit einer modernen Finanztheorie finanzieren wir sie … Oder kommt jetzt aus Lateinamerika der Impuls für einen globalen ökologischen Sozialismus? Dem luftigen akademischen ‹Flash› und einem zwiespältigen ‹Widerspruch› von links folgt ‹Das Argument›. Hoffnungen bleiben mit Warnungen verbunden.

Hans Steiger

Die drei Zeitschriften waren durchaus passende Lektüren zwischen den Jahren. Nach dem trüben 2021 sind Lichtblicke gefragt. Dank mitgelieferten Zweifeln bleibt die Realität präsent, doch wie könnten wir ohne Aussicht auf Wenden weitermachen?

Die technologische Transformation

Im eher schlechten Sinn exemplarisch für diesen Balanceakt scheinen mir die knappen Rück- und Ausblicke der Schweizer Akademie der Naturwissenschaften: «Wohin geht die Reise?» wird in der 75. Ausgabe ihrer halbjährlichen Publikation zur Schweizer Klimapolitik gefragt, der ersten nach dem Nein zum CO_2-Gesetz. Auf dem Cover ein Swiss-Flugzeug über den Alpen, auf der letzten Seite eine Karikatur mit diesem Stammtisch-Dialog: «Was macht dir am Klimawandel die meisten Sorgen?» – «Die steigenden Benzinpreise.» Das entspricht auch dem Kern der im Heft enthaltenen Analysen: Was mit Verzicht verknüpft ist, sei schwer durchzusetzen, und die Leute wüssten nach wie vor zu wenig, Viele hätten etwa das Funktionieren von Lenkungsabgaben noch nicht begriffen. Doch der Wunsch eines ETH-Experten, an den Aufschlägen für Flugtickets festzuhalten, bleibt einsam. Mehrheitsfähiger scheint dies: «Die Politik muss grüner Technologie den Weg ebnen.» Schon das Editorial stimmt darauf ein: «Klimatransformation ist die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts.» Geradezu euphorisch schwärmt Thomas Stocker, Professor für Klima- und Umweltphysik an der Uni Bern, von einer Chance, die wir nicht verpassen dürfen. «Das schafft neue Arbeitsplätze und Produkte mit Weltpotenzial: beispielsweise synthetische Treibstoffe oder vollständig rezyklierbare Batterien.» Damit lässt sich der Wirtschaftsstandort Schweiz stärken!

Stocker war mir bereits früher suspekt. 2015 tauchte er als Klimaforscher neben Bertrand Piccard, dem «Solarpionier», in Anzeigen für teure Ausflüge in die Arktis und Antarktis auf. Mit der «Fachbegleitung» gewann der zynische Katastrophentourismus eine seriöse Note. Auch beim Klimaschutz spielen kommerzielle Interessen mit. Er muss zu einem «positiven Begriff» werden, sollte für «Aufbruch» und «neue Geschäftsfelder» stehen. Kantonal und kommunal sei ja inzwischen trotz dem nationalen Rückschlag bereits Bemerkenswertes geschehen. «Es gilt deshalb, den lokalen Klimaschutz weiter zu fördern und damit die Lebensqualität der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, denn diese müssen für die Sache gewonnen werden.» Womit er ja Recht hat …

«Es gilt, den lokalen Klimaschutz weiter zu fördern und damit die Lebensqualität der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.»

Dominik Sigrist von der Fachhochschule Rapperswil beleuchtet das Projekt «Klimaspuren», das im Umfeld der Juni-Abstimmung eine schweizweite Bestandesaufnahme versuchte. Damit ist im Heft eine basisnahe Version engagierter Wissenschaft angetippt: Ein kleines Team von Fachleuten mit medialer Begleitung begab sich auf «eine Forschungsreise im ureigensten, klassischen Sinne, zu Fuss und mit wachen Augen und Ohren». Besucht wurden Gruppierungen, Institutionen und Einzelpersonen, die über ihre klimapolitischen Erfolge und Misserfolge berichteten. Mit einer auch sozialwissenschaftlich fundierten Klimaforschung, merkt der Autor an, wäre zum Beispiel «das gegenwärtige Dilemma zwischen Stadt und Land besser zu verstehen». Eine wichtige Voraussetzung, um Auswege aus der politischen Blockade zu finden. Demnächst erscheint dazu im ‹Hochparterre›-Verlag ein dokumentierendes Buch.

Eine finanzpolitische Wundertüte

Lang auf dem Stapel lag der jüngste ‹Widerspruch› – mit Schnapszahl, Jubiläumsjahrgang, aber wenig reizvollem Titel: «Geld, Macht, Politik.» Fast alle Beiträge kreisen um MMT, die derzeit modische Modern Monetary Theory. «Wenn Sie vor lauter Arbeit keine Zeit finden, 224 Seiten zur Staatsquote zu lesen: Machen Sie zur Abwechslung doch mal blau.» Diese neckische Anzeige der WOZ auf dem Heftrücken entsprach meinem Gefühl. Doch der einleitende Essay von Stefan Howald, der hinten noch einen spannenden Rückblick auf die Historie der Zeitschrift liefert, erleichtert den Einstieg. Er nimmt «dieses merkwürdige Ding namens Geld» locker kulturgeschichtlich unter die Lupe. Danach wird es theoretisch und pathetisch. Mit der meist nur noch MMT genannten Zauberformel liessen sich endlich «die Fesseln der Austeritätspolitik» sprengen. Setzte der Staat bei den Finanzkrisen von 2007/09 und jetzt bei Corona nicht fast unbeschränkte Mittel ein? Geld, «welches zuvor für soziale und ökologische Projekte angeblich immer fehlte». Also aufräumen mit falschen Vorstellungen von angeblich knappen Staatskassen! Nationen mit souveräner Währung benötigen weder Steuern noch Anleihen, um Ausgaben für fällige Aufgaben zu bestreiten. Zentralbanken kreieren Geld per Mausklick. Regierungen sollen damit Vollbeschäftigung garantieren und die Volkswirtschaft stabilisieren. Wir können «die Zukunft finanzieren»; dafür stehen sogar «verschieden akzentuierte Versionen» zur Auswahl. Es geht nur noch darum, sich für die richtige zu entscheiden. Die vom gewerkschaftsnahen ‹Denknetz› ins Spiel gebrachte «Care-Revolution» könnte die politisch richtige Richtung weisen. Dies ist, hier natürlich unzulässig verkürzt, das Credo. Es passt bestens zur oben zitierten Vision der technologischen Transformation, aber auch zu den Verheissungen aus Deutschland, wo die Ampel-Regierung «mehr Fortschritt wagen», eine flächendeckende Digitalisierung sowie Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ohne Verzicht verwirklichen will. Für die Schweiz, mit dem Franken ohne Euro-Einbindung freier und sowieso reicher, eröffnet MMT prachtvolle Perspektiven.

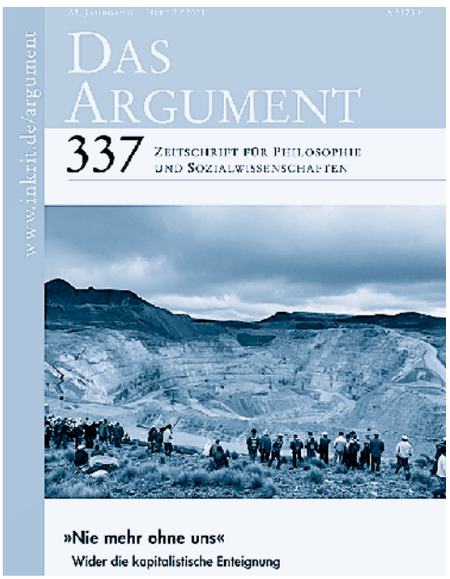
Oder nicht? Ganz ohne Widerspruch bleibt die Präsentation der Wundertüte zum Glück nicht. Immerhin sind es «Beiträge zu sozialistischer Politik», die das Heft verspricht. Es gibt da schon ein paar heikle Punkte. Neben den leisen finanzpolitischen Beden-

ken bezüglich Inflation bringen Autorinnen im zweiten Teil feministische Überlegungen ins Spiel. Sorge- und Versorgungsarbeit findet weitgehend abseits der Staatsbudgets und der klassischen Ökonomie statt. Bliebe die Hauptlast also beim weiblichen Teil der Gesellschaft? Mascha Madörin, eine Vordenkerin hiesiger ‹linker› Wirtschaftstheorie und -praxis, findet die MMT-Debatte interessant, stellt aber reihenweise Fragen. Auch grundsätzliche, zum Stellenwert der Marktmechanismen in der Gesellschaft etwa. Und: «Von welchen Grössenordnungen der staatlichen Ausgaben reden wir eigentlich?» Grenzen des Wachstums sind praktisch ausgeblendet. Wiederholt wird jedoch auf das Nord-Süd-Gefälle hingewiesen, das sich eher verschärfen würde. Denn armen Ländern hilft Währungsautonomie wenig. Darum denken Roland Herzog und Hans Schäppi über ein «Weltgeld in einer neuen globalen Finanzordnung» nach. Könnte «in Übereinstimmung mit MMT» gar eine Weltzentralbank internationale Vorhaben finanzieren? Flüge zum Mond beispielsweise und noch weiter. Doch die wären «so überflüssig wie die jährlichen Ausgaben der Nationalstaaten für das Militär von knapp zwei Billionen Dollar». Womit wir wieder bei der Macht und der Politik sind, die über den Einsatz von Geld bestimmen. In den Rezensionen des hintersten Heftteils lässt sich weiterführende Literatur zu alledem finden.

Anknüpfen an Salvador Allende?

Mit der allerletzten Post vor Weihnachten kam ‹Das Argument›. Widerspruch auch da: «Wider die kapitalistische Enteignung.» Ich empfand dies als willkommene Bescherung. Zentral in der 337. Ausgabe der spannenden, oft überraschenden, intellektuell immer herausfordernden Zeitschrift sind Analysen der Lage in Lateinamerika, teils von Autoren und Autorinnen vor Ort. Es geht um Kämpfe zumal indigener Bevölkerungsgruppen, die sich gegen Ausplünderung und Zerstörungen wehren – aber auch um die diesbezüglich keineswegs überzeugende Politik von zeitweise mehrheitlich mit einem linken Anspruch agierenden Regierungen. Zwar fiel damals für die meisten Menschen von den im Land verbleibenden Rohstofferlösen mehr ab, aber die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen ging weiter. Eine triste Bilanz dessen, was vor allem Venezuela politisch als «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» exportiert hat. In den letzten Jahren blickten wir denn auch weg, wollten von der weiteren Entwicklung lieber nichts wissen. Zu deprimierend. Bolsonaro mit seinem brutalen Regime in Brasilien wurde zum Repräsentanten des Kontinents.

Umso heller leuchtete im Dezember der Blitz, als in Chile nicht der favorisierte Kandidat der extremen Rechten die Präsidentschaftswahl gewann, sondern der relativ junge, radikal oppositionelle Gabriel Boric. Sein



deutlicher Erfolg floss nicht mehr in die trotzdem aktuelle Betrachtung von Ruedi Graf zur Dynamik «vom Volksprotest zum Verfassungsprojekt» ein, doch schon die beschriebene Vorgeschichte war nach einem brutalen Militärputsch, der Pinochet-Diktatur sowie einer langen neoliberalen Phase erstaunlich. Ob es jetzt gelingt, «den chilenischen Staat von der Gesellschaft her aufzubauen», wie dies vor einem halben Jahrhundert die Volksfrontregierung von Salvador Allende wollte? Es wäre dem Kontinent zu wünschen. Brasilien könnte 2022 mitgezogen werden und schon davor findet auch in Kolumbien eine Präsidentschaftswahl statt, die Überraschungen zulässt, obschon dort «linke Parteien und traditionelle soziale Bewegungen» laut der im Heft gelieferten Beurteilung der Lage «nur begrenzt von Bedeutung sind» …

‹Das Argument› ist eine marxistisch grundierte Zeitschrift. Bemerkenswert, dass sie die Mitte des letzten Jahrhunderts vom amerikanischen Süden ausgehende Theologie der Befreiung zur Kritik einer kolonialen Moderne beizieht. Sie wird als für die «spirituelle und intellektuelle Reflexion» bedeutende Strömung gewürdigt. Obwohl das Christentum für die Indigenen katastrophal war, gab es früh Mitglieder des Klerus, die sich gegen das Unrecht und die Schandtaten der Eroberer wandten. Nun kam die «kapitalistische Religion» mit ihren neuen Götzen ins Visier einer mit Basisgemeinden neu strukturierten Kirche. Profitgier sei die treibende Kraft eines alles verheerenden Ökozids. Gegen ihn wurde die «Heiligkeit der Natur» postuliert. Das geht wesentlich weiter und wurzelt tiefer als die «Öko-Effizienz» aus dem Jargon der Nachhaltigkeit. Luis Martínez Andrade, von dem die Betrachtung stammt, sieht da ein Potenzial, das den Willen festigen könnte, «alternative Routen zum aktuellen Fortschritts-Zug zu wählen», welcher dem Abgrund zusteuert. Denn bessere Technologie bringt noch keine andere Logik. Die im Editorial von Peter Jehle anklingende Hoffnung auf den «Aufbruch in Lateinamerika» bezieht solche Elemente mit ein. Wirklich nachhaltige Entwicklungsweisen seien ohne «Verbindung zwischen indigenem und ökologischem Diskurs» nicht zu erreichen. Und die Ausbeutungsverhältnisse müssen global gestoppt werden, um Lebensgrundlagen für alle zu erhalten.

Potenzial für «alternative Routen zum aktuellen Fortschritts-Zug». Denn bessere Technologie bringt noch keine andere Logik.

Doch noch ein neuer Sozialismus?

Mit der ersten WOZ im neuen Jahr kam dann noch das Programmheft – dies im doppelten Wortsinn – der ‹Bewegung für den Sozialismus›, die für den 14./15. Januar nach Zürich ins Volkshaus lud, zum «anderen Davos». Wie seit Jahren sollte es einen Kontrapunkt zum WEF setzen. Kommt mit Zertifikat und Maske! «Wenn möglich FFP2» … Gespenstisch, zumal das Treffen «des fossilen Grosskapitals» wegen Corona abgeblasen wurde. Aber das ändert nichts daran, dass die mit oder ohne alpines Weltwirtschafts-Blabla global agierenden Finanz-, Agrar- und Industriekonzerne «zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon katastrophalen Lage» beitragen und darum alternative «ökosozialistische Strategien» entwickelt werden, die weltweite Vernetzung des Widerstands vorankommen müsse.

Es war wie immer: Inhaltlich könnte ich Satz für Satz von dem unterschreiben, was in den knappen Statements der Einladung steht. «Erst wenn mit der kapitalistischen Logik des Immer-Mehr gebrochen wird, lassen sich die Ursachen der Umwelt- und Klimazerstörung bekämpfen.» Aber wieder empfand ich den Ton wie die Aufmachung dieses Traktätchens für «Das andere Davos» als sektenhaft. Nie ging ich hin. Nun aber entnahm ich der Website, der Anlass werde pandemiebedingt ins Netz verlagert. Das macht es möglich, Teile der Debatten im Polit-Homeoffice per Zoom zu verfolgen und dabei Vorurteile zu überprüfen. Start der Übertragung via www.sozialismus.ch heute Freitag, 19 Uhr. «Nach dem COP26: Wie weiter mit der Klimabewegung?» Bereits die Frage dieses ersten Plenums ist brisant.

ProClim Flash. Schweizer Zeitschrift zu Klima und globalem Wandel. Nr. 75, Winter 2021. Hrsg. von der Akademie der Naturwissenschaften. Bern, 32 Seiten, kostenlos via proclim.ch.

Geld. Macht. Politik. Widerspruch, Heft 77. Beiträge zu sozialistischer Politik. Rotpunktverlag, Zürich 2021, 223 Seiten, 25 Franken.

«Nie mehr ohne uns». Wider die kapitalistische Enteignung. Das Argument, Heft 337. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Hamburg 2021, 167 Seiten, Einzelheft 19.50 Franken. www.argument.de

Report über die Armut in der reichen Schweiz

Samstag, 15. Januar

8.30 SWR: **«Mit Mentoring zum Schulerfolg.»** Britta Mersch über eine Studie, in der es um bessere Bildungschancen für benachteiligte Jugendliche geht.

10.00 DLF: **«Klassik, Pop et cetera.»** Heute mit Juli Zeh, eine der erfolgreichsten deutschen Autorinnen und ehrenamtlich Richterin am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg.

11.00 DLF: **«Die Unsichtbaren.»** Armut in der reichen Schweiz. Leila Knüppel und Manfred Götzke beleuchten sie in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Aus der Vorschau: Der allgemeine Lebensstandard in der Schweiz gehört nach wie vor zu den höchsten in Europa. Auch die Einkommensungleichheit und das Risiko, in die Armut abzurutschen, liegen unter dem europäischen Durchschnitt. Gleichzeitig kommt kaum ein anderes Land auf eine so hohe Millionärsdichte. Wer arm ist, bleibt im Land der Superreichen deswegen oft ungesehen. Und doch waren 2019 etwa 735 000 Personen, knapp neun Prozent der Bevölkerung, von Armut betroffen. Darunter viele Alleinerziehende, Arbeitslose oder auch ‹working poor›, die schlicht zu wenig verdienen, um ihren Lebensunterhalt zu bewältigen, Probleme haben, Miete und Krankenversicherung zu bezahlen. Wie lebt es sich mit wenig Geld in einem so wohlhabenden Land? Und wie blicken die Gutverdienenden dort auf Sozialhilfeempfänger, Obdachlose oder Bettler?

17.00 SWR: **«Zeitgenossen.»** Rafik Schami, Schriftsteller, im Gespräch mit Leonie Berger. «Ich erzähle nicht orientalisch, ich erzähle rafik-schamisch», habe er selbst einmal gesagt. Das sei ein treffender Ausdruck dafür, wie er die deutsche Sprache um Elemente der Erzähltradition aus seiner Heimat Syrien bereichert hat. «Humor und Geduld sind Kamele, auf denen man jede Wüste durchqueren kann.»

19.00 SWR: **«Fette Beute.»** ARD-Radio-Tatort-Krimi von Dirk Schmidt. Im an sich recht ruhigen Logistikzentrum am Rande des Ruhrgebiets wird ein Bankautomat gesprengt. Bevor sich ein zufälliger Zeuge ins Koma verabschiedet, vernimmt die Polizei rätselhafte letzte Worte …

20.00 SRF 2: **«Kilroy was here.»** Start der Reprise einer Krimi-Serie von Robert Weber. Ausgangspunkt ist eine Geiselnahme auf der Bilderberg-Konferenz in Genf. Angekündigt wird ein «irrwitziger Mix aus Fakten und Fiktion», der fast nebenbei durch Verschwörungstheorien vieler Jahrhunderte führe. Schweizer Polizei und Europol mixen mit. Unter den Geiseln ist die frühere deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen … Parallel beim DLF der zweite Teil eines weit älteren Hörspielklassikers: «Der sechste Gesang» von Ernst Schnabel. Regie: Gert Westphal. Komposition: Hans Werner Henze.

21.00 SRF 2: **«Musik unserer Zeit.»** Heute nochmals Retro: Neoklassizismus.

22.00 DLF: **«Trans-traditionelle Avantgarde.»** Das Ensemble Ekstyakte. Vorgestellt von Sophie Emilie Beha im Atelier neuer Musik. Das in Berlin ansässige Ensemble geht ungewöhnliche Wege. Mitwirkende aus China, Indien, Korea, Australien, den USA, Bulgarien und Syrien vereinen musikalische Genres wie Jazz, Volksmusik, Techno, Blues, aber auch europäische Tradition vom Barock bis zur Gegenwart. Alles soll sich zu allem neu in Bezug setzen. Parallel bei SWR 2 in der Jazztime: «Der Vater der Jazzflöte.» Hans-Jürgen Schaal präsentiert Aufnahmen von Herbie Mann. Und nach 23 Uhr ist bis 6 Uhr früh ein Hörspiel-Marathon angesagt: «Die Gefangene.» Nach dem Roman von Marcel Proust gestaltet von Iris Drögekamp. Musik: Hermann Kretzschmar und Ensemble Modern.

23.00 DLF: **«Kindheitsmuster, Herkunftsmonster.»** Reprise einer Langen Nacht über Christa Wolf und Franz Fühmann und ihre deutsche Vergangenheit. 2019 von Uwe Wittstock gestaltet. In den Jahren nach dem Fall der Mauer gerieten westdeutsche Intellektuelle wie Günter Grass, Martin Walser, Walter Jens und andere ins Zwielicht, weil sie zeitlebens verschwiegen hatten, wie nahe sie als Jugendliche dem Nationalsozialismus gestanden hatten. Das warf und wirft ein besonderes Licht auf zwei miteinander befreundete Schriftsteller aus der DDR, die offen mit ihrer Vergangenheit als Parteigänger des NS-Regimes umgegangen waren: Christa Wolf (1929-2011) und Franz Fühmann (1922-1984). Um deren literarische Expeditionen in die eigene Vergangenheit geht es. Aktuell wird angemerkt: «Diese radikalen literarischen Selbstprüfungen gewinnen eine besondere Aussagekraft in einer Zeit, in der politische Extreme erneut die Liberalität des Landes bedrohen.»

Sonntag, 16. Januar

8.30 SWR: **«Leitkultur ade.»** So lassen sich kulturelle Unterschiede überbrücken. Hans W. Giessen fragt in der Aula als Medienwissenschaftler, was eigentlich als Kitt für eine Gesellschaft mehr zählt: die Kultur oder die Struktur? Parallel bei SRF2 in den Perspektiven: «Der Glaube in meinem Herzen.» Konvertitinnen erzählen.

9.30 DLF: **«Working Class.»** Das Kapital – aktuelle Brisanz der Marxschen Kategorie. Ein von Mathias Greffrath schon 2016 verfasster Essay, der inzwischen an Brisanz noch gewann. Globalisierung, Automation, Finanzcrash, Klima, Armutsrevolten, Wachstumsschwäche, Pandemie – die multiple Krise der Weltwirtschaft, die wir durchleben, nimmt kein Ende. Anlass und Gründe genug, das zentrale Werk von Karl Marx noch einmal gründlich zu lesen.

12.00 SWR: **«Unter dem grünen Halbmond füllen sich die Kirchen.»** Dunja Sadaqi über Christen in Marokko.

12.40 SRF 2: **«Musik für einen Gast.»** Heute mit Irène Kälin, Nationalratspräsidentin.

13.30 DLF: **«Zwischentöne.»** Musik und Fragen zur Person. Navina Sundaram, Journalistin. 1945 in Indien geboren, war sie die erste nicht-weisse Journalistin im deutschen Fernsehen. Migration, Menschenrechte und Auslandsberichterstattung wurden ihr Metier, der Satz «bekennen, nicht berichten» ihre Losung.

14.00 SWR: **«Bis die Hunde uns finden.»** Berichte illegaler Grenzüberschreitungen. Feature von Eberhard Petschinka und Herbert Lauermann. Es wurde 2007 schon produziert, «beschreibt aber nach wie vor die schreckliche Realität».

15.00 SRF 2: **«Dear Mr. President …»** Die amerikanische Aktionskünstlerin Sheryl Oring im Passage-Porträt. «Sie setzt sich aus, handelt und bewegt etwas, indem sie tippt, was ihr die Leute diktieren», steht in der Vorschau. Sie bezeichne ihre Kunst mit einem selbst erfundenen Begriff als ‹Agitype›. Und angefangen habe alles vor 20 Jahren in Berlin, als sie auf einem Flohmarkt ein Geräusch hörte: das Klappern einer alten Erika-Schreibmaschine. Und beim DLF in Rock et cetera: «Noch eine Runde im Pferdekarussell.» Die US-Alternative-Band Band of Horses.

18.20 SWR: **«Nichts weiter als das.»** Hörspiel von Sebastian Goy. «Einen Teufel werde ich dankbar sein. Dankbar dafür, dass ich nicht mehr jung bin? Dankbar dafür, dass ich nicht uralt bin?»

20.00 DLF: **«Kleine Klötze in grossen Händen.»** Der wiedererwachte Kult um Lego. Feature von Jan Rähm.

23.00 SWR: **«Beat-Boss trifft Glitterhäuptling.»** Eine Unterhaltung. 1975 brachte Wolf Wondratschek essayistisch David Bowie mit William S. Borroughs (und anderen) zusammen. Reihe «Aus den Archiven».

Montag, 17. Januar

8.30 SWR: **«Sexualisierte Gewalt im Sport.»** Marcus Schwandner berichtet, wie Vereine Belästigung und Missbrauch verhindern wollen. Und nach 9 Uhr die erste Folge einer Musikstunden-Wochenserie über Musik und Migration: «Heimat, Ferne, Sehnsucht.» Jan Ritterstaedt will bis und mit Freitag vielerlei Musik-MigrantInnen über den ganzen Erdball folgen. Zweitausstrahlung jeweils abends nach 23 Uhr.

15.00 SWR: **«Ich bereue nichts.»** Eine Frau und 100 Jahre iranischer Geschichte. Wiktoria Rafiri über Mama Dschun, die 1928 im Süden Irans geboren wurde. Sie war Zeugin von Aufstieg und Fall der persischen Herrscher, sah religiöse Pogrome, erlebte und überlebte die Zeit der Islamischen Revolution und den Iran-Irak-Krieg. «Und sie musste die schwerste Entscheidung treffen, die das Leben einer Mutter abverlangt – die eigenen Kinder in die Fremde zu schicken.»

14.00 SWR: **«Mädchen, Frau etc.»** Roman von Bernardine Evaristo. Amma hat hart gearbeitet, um als schwarze Frau endlich in der Theaterszene anzukommen. Ihre Tochter Yazz hofft nur, dass das Stück ihrer Mutter nicht zu peinlich wird … Hier als (werk) tägliche Lesung in 36 Teilen bis zum 17. März zu verfolgen.

Dienstag, 18. Januar

8.30 SWR: **«Wie Tiere mit kranken Artgenossen umgehen.»** Merle Janssen über Social Distancing bei Ameisen und Affen.

15.00 SWR: **«Die Staats-Dealer.»** Drei Jungunternehmer bauen eine Cannabisfabrik. Ernst-Ludwig von Aster berichtet.

19.15 DLF: **«Seeleute für Erez Israel.»** Die deutsche Kapitänsfamilie Pietsch aus Danzig. Feature von Heike Tauch.

20.00 DLF: **«Bunyah.»** Hörstück von Catherine Milliken und Dietmar Wiesner. Es folgt Gedichten und Texten von Les Murray. Bunjah ist der Ort, wo der australische Dichter seine Kindheit verbrachte.

Mittwoch, 19. Januar

15.00 SWR: **« No-Hate.»** Eckhard Rahlenbeck über die Opferschutzorganisation Stop-Stalking. Morgen geht's dann um Hassmails an eine Bürgermeisterin.

20.00 SRF 2: **«Musik unserer Zeit.»** Zuerst nochmals Retro: Das Neualte in der Neoklassik. Danach wird noch «Durch unausdenkliche Wälder» geschweift. Und beim DLF: «Ade Christentum!» Mechthild Klein zum Glaubensverlust im Alter. Danach als Archiv-Perle: Gabriele Wohmann liest aus «Frühherbst in Badenweiler».

21.00 DLF: **«Jubiläum!»** Zingsheim mit einem Kabarett-Feier-Werk zu 60 Jahre Deutschlandfunk. Mehr in einer Woche!

Freitag, 21. Januar

15.00 SWR: **« Tote Flüsse, deutscher Stahl – Dammbrüche in Brasilien.»** Von Philipp Lemmerich und Jessica de Almeida.

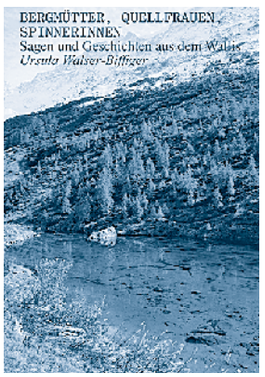
19.15 DLF: **«Kunstschaffende arbeiten im Kosovo an einer geeinten Gesellschaft.»** Benedikt Schulz über Theater, das weh tut.

20.00 DLF: **«Was will dieses Grau'n bedeuten?»** Eine Al-Kaida-Geisel erzählt. Feature von Susanne Sporrer und Klaus Heymach. Produziert 2015 … SRF 1 griff für einen Krimi tief ins Archiv: «Schwere Gewässer» von Henry Slesar. Und bei SRF 2 dreht sich eine Passage-Reprise um Malvina Soledad Bertschi, Pedro Lenz und «Die literarischen Nebenwirkungen einer Spurensuche im Emmental». Noch einmal zu hören am Sonntag nach 15 Uhr. Mehr dazu dann!

22.00 DLF: **«Zwischen Protest und Poesie.»** Niklas Wandt über den Saxofonisten Archie Shepp und dessen Engagement in der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen auch im Podcast-Angebot.

Wallis



51 Volkserzählungen aus dem Wallis holt Ursula Walser Biffiger aus der Versenkung zurück. In die einzelne Erzählung ist oft Erklärendes eingefügt, jede Sage wird mit einer zusätzlichen Beschreibung kommentiert, feministisch eingeordnet und in die weltweite Sagengeschichte eingebunden. Das bedeutet, dass in diesem Buch ausschliesslich Sagen und Geschichten von Frauen versammelt sind. Ausführlich stellt sie Ahnfrauen dar, die das Leben im Wallis erst ermöglichten, etwa die «strickende Holzmiättära», die die Seelen der Ungeborenen beherbergt. Sie erscheint eines Tages strickend und mit vielen Steinen beladen, worüber sich die Buben im Dorf lustig machten. Sie schleuderte einen Felsbrocken, der heute noch mitten im Dorf Gerydorf liegt. Wer die weisse Gämse schoss, den befiel Unglück, weil sich in ihr arme Seelen befanden. Die Geiss opfert sich aber in einer Erzählung, als zwei Jäger vom Schnee überrascht am Verhungern sind. Es gibt auch die Geschichte vom Käslein, das jede Nacht wieder ganz wird, wenn man einen Rest lässt und die Gämsen der Gämsenmutter in Ruhe lässt. Landschaftsfotografien ergänzen das schöne Buch. kl.

Ursula Walser Biffiger: **Bergmütter, Quellfrauen, Spinnerinnen.** Hier und jetzt 2021, 256 Seiten, 43.90 Franken.

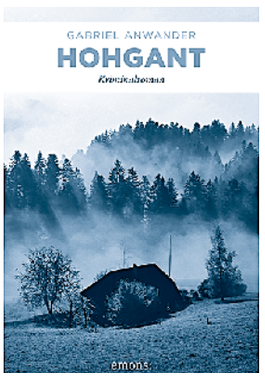
Sizilien

«Agata und ihr fabelhaftes Dorf» handelt von einem kleinen sizilianischen Dorf, in dem Don Saverio als Mafiaboss und Bürgermeister herrscht, aber es ist ein Unterhaltungsroman mit vielen Liebesgeschichten, starken Frauen und viel Witz. Für die Hauptperson Agata beginnt es tragisch. Ihre grosse Liebe, der Tabacchere Constanzo, stirbt vor Wut und an einem Herzinfarkt, als er erfährt, dass ihm der Bürgermeister sein Paradies Saracina in eine Mülldeponie verwandeln will. Weil er Kommunist ist und sich nicht fügt.

Agata, eine Schönheit wie Sofia Loren, aber um einiges moderner, schwört Rache, sammelt nach und nach Getreue und Aussenseiter um sich, denen sie im Tabakladen Arbeit gibt. Als die unscheinbare Lucia dank ihres zugelaufenen Hündchens im Lotto gross gewinnt, entsteht ein Restaurant, das zum Zentrum des Widerstands wird. Zudem blüht ihr und einigen anderen ein unerwartetes und keineswegs platonisches Liebesglück. Zusammen mit dem neuen Polizeihauptmeister übernehmen Agata und die Ihren schliesslich das Sagen im Dorf. kl.

Tea Ranno: **Agata und ihr fabelhaftes Dorf.** Nagel & Kimche 2021, 429 Seiten, 33.90 Franken. Die Fortsetzung «Agata und ihr fabelhaftes Geschenk» ist gerade erschienen.

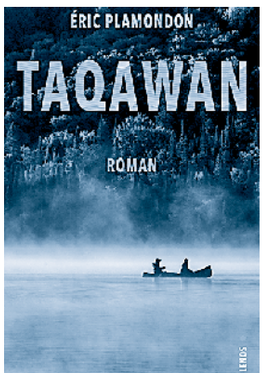
Emmental



Der nicht gerade erfolgreiche Privatdetektiv Alexander Bergmann erhält in seinem Langenthaler Büro Besuch von Petra, die in Bern im Fixerstübli arbeitet. Sie möchte, dass der Detektiv den Drogenhändler warnt: Sein viel zu reiner Stoff («weiss wie der Hohgant») hat ihre süchtige Freundin Mandy umgebracht. Der zuerst empörte Detektiv nimmt den Auftrag schliesslich an und gibt so dem Autor die Möglichkeit, den Konsum, die Gewohnheiten der Süchtigen, Therapiemöglichkeiten und einen Teil des Handels zu schildern und zu beleuchten, in Form einer Kriminalgeschichte, die sich allerdings wegen der Story wirklich nicht lohnt. Durchaus lohnenswert ist hingegen der Gesinnungswandel des Detektivs. Er, der an diese Welt bisher keinen Gedanken verschwendete, gewinnt für die HelferInnen im Drogenbereich Achtung und erkennt die Süchtigen, aber auch die kleinen Händler als Wesen mit Vor- und Nachteilen, realisiert, dass nur Dreinschlagen nichts bringt und beginnt zu differenzieren. Sehr neu ist dies nicht, aber wer keine Ahnung von dieser Welt hat, erhält eine gute Einführung mit einigen sympathischen Figuren – ohne dass die HelferInnen zu HeldInnen werden. kl.

Gabriel Anwander: **Hohgant.** Emons 2021, 237 Seiten, 18.90 Franken.

Krimi der Woche



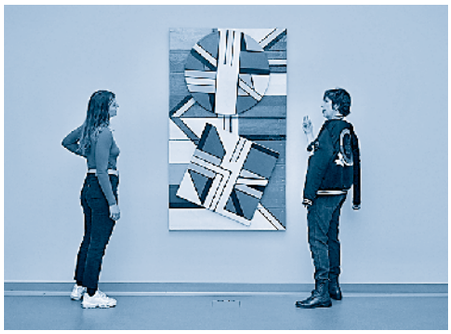
Ein Taqawan ist in der Sprache der Mi'gmaq das Wort für einen Lachs, der zum ersten Mal wieder in den Fluss seiner Geburt zurückkehrt. So viel zum Titel. Das schmale Buch hat 67 Abschnitte mit aussagekräftigen Überschriften, einige Teile sind fragmentarisch und umfassen bloss ein paar Zeilen. Die Hauptteile hingegen erzählen von Ereignissen in Kanada Anfang der 1980er-Jahre. Es geht um den Konflikt der kanadischen Regierung mit den Mi'gmaq, einer indigenen Bevölkerungsgruppe, und um deren Gewohnheitsrechte zum Lachsfang. Auch soll die brutale Vergewaltigung eines Mi'gmaq-Mädchens durch Polizisten aufgeklärt werden. In den Nebenteilen führt Autor Éric Plamondon – geschickt ineinander verwoben – durch Geschichte und Gegenwart der Mi'gmaq sowie durch Naturschönheit und Aktualität der Gegend. Beschrieben wird die existenzielle Bedeutung des Lachsfangs für den Stamm sowie der Zyklus des Lachslebens. Eine grosse Rolle kommt der französischen Kolonialisierung Kanadas zu, verbunden mit Berichten von kontinuierlichem Unrecht an und Unterdrückung von indigenen Gruppen.

Zum Plot: Am 11. Juni 1981 sitzt Océane im Schulbus, heute hat sie ihren 15. Geburtstag. Auf der Brücke über den Ristigouche zur Halbinsel Gaspésie bleibt der Bus im Stau stecken. Der Verkehr wird durch eine Razzia blockiert. Océane muss zusehen, wie ihr Vater zusammengeschlagen und verhaftet wird. Mit Kameraden klettert sie aus dem Bus, um ihrem Vater zu helfen. Grund für die Razzia: Der Fang mit grossen Netzen war verboten worden. Die Polizei hat nun die Fangnetze im Fluss beschlagnahmt und zerstört, die Mi'gmaq setzen sich zur Wehr, schliesslich ist der Lachsfang seit Jahrhunderten oft die einzige Lebensgrundlage. Im Morgengrauen nach den Unruhen will der Ranger Yves Leclerc zum Fluss. Er findet die völlig verstörte und verletzte Océane inmitten von Farnen, sie wurde mehrfach vergewaltigt. Leclerc nimmt sie zu sich in seine Hütte. Da das Mädchen auf keinen Fall nach Hause will, holt er Hilfe bei William, einem alten Mi'gmaq. Als die beiden zu Leclercs Hütte zurückkommen, eskaliert die Situation, jemand will Océane verschwinden lassen. Es geht nicht nur um Fischfangquoten, neben Vergewaltigung auch um Korruption und weitere üble Machenschaften. Die Spannung steigt. Endlich kommt es für die Guten gut.

Éric Plamondon hat mit Taqawan einen aussergewöhnlichen, faszinierenden Text geschaffen. Die kunstvolle Verflechtung der kriminellen Taten mit den Beschreibungen aus Natur und Aktualität wirken manchmal etwas gekünstelt und belehrend. Sie lockern die an sich triste Geschichte jedoch erleichternd auf. Plamondon schreibt zu Taqawan: «Der Roman stützt sich zwar auf historische Fakten, aber er ist dennoch Fiktion.»
Marianne de Mestral

Éric Plamondon: **Taqawan.** Lenos Verlag 2021, 208 Seiten, 21.90 Franken.

Abstrakt



Nach Heinrich Danioth (1896 – 1953) widmet sich Felice Zenoni mit Franz Fedier (1922 – 2005) einem weiteren Urner Maler.

Obschon das Zeughaus und das Telefongebäude mitten in Altdorf seit nunmehr siebzig Jahren prominent platzierte Wandmalereien von Franz Fedier zieren, ist der Maler selbst in seinem Heimatkanton ein nahezu Unbekannter. Diese Filmspurensuche, eine Retrospektive im Haus für Kunst Uri (12.3. bis 15.5.22) und eine Monografie sollen ihn anlässlich seines 100. Geburtstags wieder in Erinnerung bringen. Felice Zenoni heftet sich der Fedier-Enkelin Alma (*1997) an die Fersen, die einer persönlich involvierten Fremdenführerin gleich ihre eigene Entdeckungsreise auf den Spuren ihres Grossvaters mit dem Publikum teilt. Sie besuchen ein Sammlerehepaar, eine ehemalige Schülerin an der Kunstgewerbeschule Basel, die ihre Zwiegespräche mit dem Lehrer auf Tonbandkassetten festgehalten hatte, befragen eine Danioth-Tochter über deren Erinnerung an die Zeit, als Fedier Schüler bei Danioth war und besorgen via Interviews mit Bice Curiger, Barbara Zürcher und Gottfried Boehm die Einordnung von Franz Fediers Werk. Nach Lehr- und Wanderjahren, insbesondere nach Paris und Algerien, liess er sich in Bern nieder und wandte sich von der gegenständlichen Malerei ab und der abstrakten Malerei zu. Seine Suche hat rückblickend betrachtet Pioniercharakter und sprengte im sprichwörtlichen Sinn den Rahmen, respektive die Leinwand als Farbträger. Viele seiner nicht realisierten Werke betrafen den öffentlichen Raum, wobei dieser bei Weitem nicht urban zu sein hatte. Eine Autobahneinhausung freundlicher zu gestalten, gehörte genauso zu Franz Fediers Begehren, wie den sagenumwobenen Teufelsstein mit einem gelben Teufel zu versehen (was im Film posthum und vorübergehend auch realisiert wird). Der persönliche Ansatz schiebt sich gegenüber dem kunsthistorischen etwas gar stark in den Vordergrund und schrammt teils gar die Alberei, die aber auch als Symbol für seine Experimentierlust angesehen werden kann. froh.

«Fedier» spielt im Kino Houdini.

Loyalität

Das Nationalheiligtum PTT wankt schon lange, nicht aber der Berufsstolz und die Loyalität ihrer Mitarbeiter.

Zu wenig Umsatz. Aber wer braucht schon Nackenstützen und Handyhüllen? Postkreisdirektor Schütz (Pascal Ulli, auch Regie) verkündet das Minimum einer dreihundertprozentigen Umsatzsteigerung bis Ende Quartal, um die Schliessung noch zu verhindern. Die Urpöstler Geri (Beat Schlatter, auch Text) und Röbi (Christoph Fellmann, auch Text), beide in ihren Fünfzigern, werfen ob dieser fantastischen Forderung nicht etwa das Handtuch, sondern werden kreativ. Also kriminell. Allerdings in einer absurd anmutenden Aufopferungsbereitschaft für ihren Arbeitsplatz, statt, wie zu erwarten wäre, zur persönlichen Bereicherung. Geris gute Verbindungen in Ämter und zu Journaillen (Colette Nussbaum) ist seiner lebhaften Libido zu verdanken, derweil sich Röbi als braver Familienvater durch genauso braves Hinterhertrotteln schier unversehens mit in die Bredouille manövriert. Die Ursprungsidee, «Post bi de Lüüt», soll sie nach dem Vorbild von Schaggi Streuli in Kurt Früh-Filmen näher zu den Leuten bringen. Sie frisieren Töffli, schleifen Skikanten oder hüten ferienhalber Papageien. Weil sie das alles gratis tun, korrespondiert das Wachstum an Publikumsfrequenz aber nicht mit dem Umsatz. Also beginnen sie, ihre Beobachtungen über IV-Betrug gegen Gewinnbeteiligung zu denunzieren, verlagern sich aber rasch schon auf die direkte Erpressung all jener, die Aissata (Jeniffer Mulinde Schmitz) illegal als Putzkraft beschäftigen. Dass sie damit über kurz oder lang die eigene Geldquelle austrocknen, haben sie dabei nicht bedacht, wie so vieles nicht in ihrem sich stets nur weiter verkomplizierenden Lügenkonstrukt alias «Ab die Post». Die Eskalation ist Ideen-immanent und könnte regieseitig mit einem etwas pointierteren Timing eine noch virtuosere Spannungssteigerung erfahren. An träfen Anspielungen an reale Missstände und Fallhöhen durch Turbulenzen, also Steilpässen, besteht kein Mangel. froh.

«Ab die Post», bi s 16.1., Theater Hechtplatz, Zürich.

Wechselbad

Ayse Yavas

Die Vielfalt der Durcheinander, die eine Krebsdiagnose auslöst, wird in «Tage wie Hunde» von Ruth Schweikert erahnbar.

Beren Tuna verdoppelt die schiere Unübersichtlichkeit von zeitgleich über eine Person hereinbrechenden Emotionen, indem sie die Chronologie sprunghaft inszeniert und damit eine Lebensnähe herstellt. Das erwartungsvoll allminütliche aufs Handy starren in Erwartung der Resultate ist pure Hektik, die befremdliche Zurkenntnisnahme der ärztlichen Behandlung, als wäre die Person ein höchstseltenes Faszinosum, führt im Wiederholungsfall zu Gleichmut, und die auffallende Ballung von Komplimenten für die gelungene Frisur, die doch eine Krücke also Perücke ist, animiert den Humor. Dieser wird im Text von Ruth Schweikert ebenso hochgehalten, wie schier endlose Gründe für Durchhalteparolen gefunden werden. Mitten im Leben, von Enkelinnen kindlich naiv bei Laune gehalten und zeitgleich am anderen Lebensende mit dem bevorstehenden Hinschied des eigenen Vaters konfrontiert, ist die Situation, die «Tage wie Hunde» beschreibt, ein einziges Wechselbad der Gefühle. Die drei Schauspielerinnen Catriona Guggenbühl, Regula Imboden und Newa Gawrit teilen sich die Rolle. Sie ergänzen sich oder sprechen sich überlappend zeitgleich zur besseren Illustration der annähernden Überwältigung von gleichzeitig an einer Person zerrenden Erfordernissen. Das Soll ist gross: Entscheidungen unter dem Vorbehalt der völligen Absenz von Gewissheit fällen, innerlich verordnete Tapferkeit einer äusserlich zu wahrenden Contenance mit der Tages-, Halbtages-, Echtzeitform des körperlich und/oder psychischen Elends der aktuellen Verfassung in eine Balance bringen und im Nachgang einer Behandlung, während der Genesung also Rehabilitation, die erfahrene Demut von absoluter Dankbarkeit nicht gleich wieder mit zu kritischen Betrachtungen der Mitmenschen und Umgebungsereignissen von sich zu schieben. Die Herausforderungen, die eine Krebserkrankung an eine Person stellt, sind voller Hinterlist. froh.

«Tage wie Hunde», 6.1., sogar Theater, Zürich.

Infantil

Myra Wallraff

Angekündigt ist ein Möglichkeitsraum, der hinter der Überwindung von starren Normen locken soll.

Humor ist bekanntlich individuell und da und dort ist während der Vorführung von «Nora ein Altenheim» auch ein Kichern zu vernehmen. Ausdrücklich immer in Szenen, in denen nur schwer zu unterscheiden ist, ob aus peinlicher Berührtheit oder aus Belustigung (Stichwort: der Furz). Verkürzt lassen die beiden Bühnenarbeiterinnen Annina Machaz und Mira Kandathil eine Stunde lang die Sau raus. Dabei verschwenden sie augenscheinlich sehr viel mehr Theaterblut als Gedanken an sowas wie Stringenz. Vor mittlerweile sieben Jahren war Annina Machaz Teil von zwei Kollektiven, die «666 – The Group Piece» in der Gessnerallee und «Jungle» im Tanzhaus Zürich zur Aufführung brachten. Beide waren schon exakt baugleich mit dem aktuell Gebotenen und wurden damals in diesen Spalten mit «Bühnenpräsenz als reiner Selbstzweck» umschrieben. Was als Konzept für Stegreifstücke funktioniert, kann natürlich auch auf Klassiker angewandt werden. Muss ja. Unterdessen allerdings hat sich die Grosswetterlage verändert und das Konzept, alle technischen Spielsachen auf die Bühne schleppen und sich an ihrer Funktionsweise erfreuen, erfreut sich mitunter grosser Theatermeriten. Also wirds Zeit für den Umkehrschluss. Konkret hülfe es, sich das Erinnerungsvermögen eines Goldfisches anzutrainieren, was mit etwas Phantasie auch mit der Hinwendung zu Zen-Buddhismus gerechtfertigt werden könnte: Jetzt, jetzt, jetzt – immer alles neu und darum auch so spannend. Pantomimisches Flötenspiel mit dem Spazierstock zu entsprechenden Klängen ab Konserve, wobei sehr wichtig scheint, dass beides aneinander vorbei getaktet performt wird. Vermutlich versteckt sich irgendwo ein Subversionsgedanke, der aber mit dem ritualisierten Verbrennen der Produktionsgelder genauso versinnbildlicht werden könnte, was darüber hinaus im Nebeneffekt wenigstens für kurze Zeit Licht ins Dunkel – eines Raums genauso wie einer Absicht – brächte. froh.

«Nora oder ein Altenheim», 11.1., Gessnerallee, Zürich.

Feudalismus 4.0

Niklaus Spoerri

Niklaus Spoerri

Quantencomputer gehen davon aus, dass 1 und 0 zeitgleich das eine, das andere, beides oder keins davon sein können. «Börsen handeln» von Tim Zulauf nähert sich der Rocket-Science Hochfrequenzhandel.

Thierry Frochaux

Too much information, also die bare intellektuelle Überforderung ist die Methodik von «Börsen handeln», um damit die Symbolik von Undurchschaubarkeit am eigenen Leib zu erfahren. Trotzdem ist nach neunzig Minuten klar: Es geht wie immer im Feudalismus um Privilegien. Der Zugang zu Informationen und den Datenströmen sichert den matchentscheidenden Milliardstelsekundenvorsprung, also den Gewinn. Wobei in einer derartigen Zeitrechnung die Abgrenzbarkeit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zum eigentlichen Knackpunkt wird. Weil alle drei analog Quantencomputer sich, das andere, nichts davon und alle gleichzeitig sein können, eröffnen sich Möglichkeiten, die ein durchschnittliches Menschenhirn überfordern. Im Stück wird zur Illustration eine Sanduhr genommen, die so schnell gedreht wird, dass ein in der Mitte befindliches Korn die beiden Hälften in ihrer Kammer behält, also die Hoheit über den Durchgang behält und zeitgleich die gesamte Mechanik der Sanduhr blockiert, also auch die Zeit, was bei zeitgleicher Bewegung der Drehung einem Paradox gleichkommt. «Börsen handeln» überführt diese nur schwer greifbare Logik (?), indem es den Ideenreichtum der menschlichen Gier zu dessen Befriedigung nahe an der Vorstellbarkeit abstrahiert oder eben doch fiktionalisiert. So klar ist das in Zeiten, in denen Algorithmen von Algorithmen lernen, die beide gleich dumm programmiert dasselbe im Sinn haben, nicht mehr. Wenn in alles investiert werden kann, folgt bald das Ich. Von der genetischen Anlage über spezifische Fähigkeiten bis hin zur Aufmerksamkeitsspanne, gedanklich lassen sich alle als Börsenspielzeug vorstellen, also an die Börse bringen. Und dies im Paradox der Quantenphysik sogar ohne dass dieses Ich an die Börse gebracht werden muss. Rein hypothetisch ergo spekulativ. Die SIX Swiss Exchange gehört im Handel nicht mehr zu den weltweiten Topplayern, für den offenbar aktuell schnellstmöglichen Datentransfer via Mikrowellen hingegen soll sie an vorderster Front mitmischen und den Zugang dazu in privilegiert und weniger privilegiert separieren (können). Das hat wiederum die paradoxe Folge, dass trotz weltweiter Vernetzung der Datenströme die rein physische Nähe zum Gebäude, also dem Rechner (wenn das noch so heisst) wieder eine immanente Bedeutung gewinnt. Wenn das Gegenteil also Ursprung, Ziel, beides und keins zugleich sein kann, wird aus Rocket Science letztlich Philosophie. Die wiederum beisst der Glaubensfrage in den Schwanz, die letztlich den Boden für alle Börsenspekulationen darstellt, weil jede Wette in eine Zukunft bezüglich ihres Erfolgs davon abhängt, wer und wie viele daran glauben. Das Auditorium der SIX Swiss Exchange erinnert gleichwohl an Raumschiffvorstellungen aus alten Filmen: Schwere Teppiche, Highend-Technik, die sich erst bei Verwendung als solche zu erkennen gibt. Wenn die Bildkommentare von Yves Netzhammer plötzlich aufleuchten wird der Weltuntergangsglaube während der Verblüffung über die erste Sonnenfinsternis nachvollziehbar. Genauso erhält die sogenannt unsichtbare Hand des Marktes plötzlich einen real fassbar erscheinenden Sinn. Das Publikum ist draussen, die Maschinerie spielt, wie es ihr beliebt. Susanne Abelein und Andreas Storm versuchen, die Fantastik zu erklären, uns als Investoren zu beschwichtigen respektive mittels des Schürens von Ängsten zu Kurzschlusshandlungen zu bewegen, was als Sinnbild sehr trefflich ist. Die Kontrolle verbleibt im Regiekämmerchen und das kann bei Bedarf in grossen Lettern «Transparency» projizieren – und schon stellt sich Wohlbefinden ein.

«Börsen handeln», bis 30.1., Gessnerallee @ Finanzmuseum/SIX Swiss Exchange, Zürich.

Mehr schlecht als Recht

Ein Stiefvater schenkte jüngst seiner Stieftochter, die sich bekennendermassen gleichgeschlechtlicher Liebe erfreut, ein hübsches Abziehbild vom Dike-Verlag. Denn er arbeitet da. Das ist natürlich kein Lesben-, sondern ein juristischer Verlag. Während sie dies nicht wusste, so wusste er seinerseits nicht, was eine dyke ist. Ich hab dreimal gelacht: Einmal über das treffende Geschenk, dann als mir klar wurde, dass der Stiefvater es gänzlich unwissend so gut getroffen hatte, und zuletzt, als ich dies der Beschenkten erzählte.

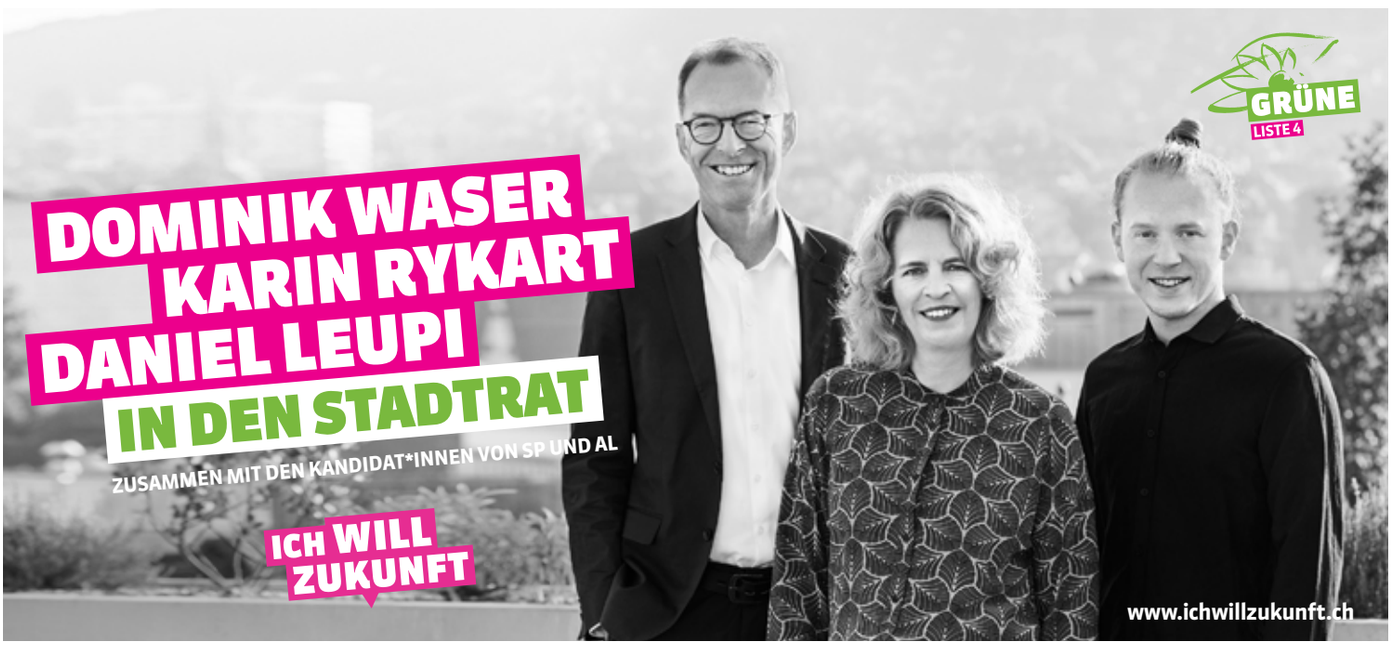
Mir wiederum wurde die neuste Publikation des Dike-Verlags geschenkt, also «Recht und Geschlecht» der Juristinnen Schweiz* – eine Bestandesaufnahme der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung nach den ersten fünfzig Jahren Frauenstimmrecht. Da ist nun leider Schluss mit lustig. Das Fazit lautet grosso modo: Es gab Verbesserungen, aber nur sehr wenige, es ging vorwärts, aber nur sehr langsam. Dennoch ist das Buch keine frustrierende Lektüre. Denn einerseits werden hier 15 Perspektiven auf den feministischen Diskurs eröffnet, die Nicht-Juristinnen in dieser Nuancierung noch nicht kennen dürften. Und andererseits ist es doch tröstlich, den leidigen Sachverhalt besser zu durchschauen, nämlich im Vergleich von Recht und Gesetz mit deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Praxis. Nicht zuletzt schreiben die 17 Autorinnen anschaulich, alltagsbezogen und ohne akademischen Dünkel.

Ich bin als erstes an der «gläsernen Klippe» hängengeblieben. Diese Denkfigur erklärt, warum Gleichstellung nicht nur eine Frage des Frauenanteils in den Führungsetagen ist. Denn Frauen werden offenbar öfter als Männer in aussichtslose Kämpfe geschickt, sie erhalten nicht die gleiche Rückendeckung, werden häufig für den schönen Schein der Fortschrittlichkeit instrumentalisiert und scheitern daher überproportional oft. Oder sie entfremden sich im Umfeld einer maskulinen Führungskultur von ihren ursprünglichen Gleichstellungsanliegen, statt diese durchzusetzen.

Der Beitrag «Frauen und künstliche Intelligenz» untersucht eine Wissenschaft, die heute komplett männlich dominiert ist – «eine Welt ohne Frauen». Dabei war im Jahre 1843 Ada Lovelace jene Pionierin, die das allererste Informatikprogramm schrieb und dabei die Wenn/dann-Schlaufe erfand. Die Informatikerin Grace Hopper prägte den Begriff «bug» und Margareth Hamiltons bahnbrechende Programme ermöglichten 1969 erst die Mondlandung der Apollo! Was würde es wohl bewirken, wenn unsere Sekundarschülerinnen im Fach Medien und Informatik solches erführen? (Es steht jedoch in keinem Lehrmittel …) Augenzwinkernd referiert die Autorin ein Bonmot über Informatiker, die zu künstlicher Intelligenz forschen: Als Mathematiker täten diese hauptsächlich zwei Dinge: Beweise führen und Schach spielen. Wenn ihre Kiste also Beweise führen und Schach spielen könne, müsse sie wohl intelligent sein. Frauen hätten evtl. etwas weniger Marginales als Schach zur Massgabe künstlicher Intelligenz erhoben, etwa Wortschatzanalyse oder Stimmerkennung.

Beim Thema der «Corona-Pandemie aus einer Genderperspektive» hilft nicht mal mehr Galgenhumor – Stichwort: «Zunahme von Gewalt gegen Frauen sowie gegen nicht-binäre Minderheiten». Zur Triebabfuhr ein Blondinen-Witz: Sie wollte gerne dümmer sein (die gute Fee verwandelte sie in einen Mann.)

Ina Müller

*ISBN 978-3-03891-356-6

Reklame